

fenaco  
Stadt-Land-  
Monitor  
2023

Studienbericht

März 2023

# IMPRESSUM

fenaco Stadt-Land-Monitor, März 2023

Auftrag: fenaco Genossenschaft

Ausführung: Sotomo, Dolderstrasse 24, 8032 Zürich

Projektteam: Michael Hermann, Anna John, Virginia Wenger

---

<b>1</b>	<b>In Kürze</b>	<b>3</b>
----------	-----------------	----------

---

<b>2</b>	<b>Das Stadt-Land-Spannungsfeld</b>	<b>9</b>
2.1	Die politische Landkarte in Bewegung	9
2.2	Der Grossstadt-Land-Graben	13
2.3	Das politische Profil von Stadt und Land	17
2.4	Der Stadt-Land-Graben: Einschätzungen	19

---

<b>3</b>	<b>Wer das Sagen hat</b>	<b>24</b>
3.1	Dominanz der Städte punktuell in Frage gestellt	24
3.2	Wo Anliegen Gehör finden	27
3.3	Interessensvertretung im Bundesrat	31

---

<b>4</b>	<b>Selbstversorgung und Bodennutzung</b>	<b>34</b>
4.1	Wunsch nach hohem Selbstversorgungsgrad	34
4.2	Innovative Ansätze zur Ertragssteigerung	40
4.3	Konflikte um Bodennutzung	46
4.4	Umnutzungen «Ja» – Neue Bauzonen «Nein»	50
4.5	Idealisierung inländischer Produktion	53

---

<b>5</b>	<b>Energie und Klima</b>	<b>57</b>
5.1	Energie-Selbstversorgung	57
5.2	Hohe Akzeptanz für lokalen Energiehandel	62
5.3	Folgen des Klimawandels am eigenen Wohnort	64
5.4	Ländlicher Klimawandel im Fokus	71

---

<b>6</b>	<b>Datenerhebung und Methode</b>	<b>76</b>
----------	----------------------------------	-----------

# In Kürze

## ZU DIESER STUDIE

In kaum einem anderen Land sind Stadt und Land derart engmaschig verwoben wie in der Schweiz. Zugleich ist hierzulande das Stadt-Land-Spannungsfeld besonders prägend für die politischen Auseinandersetzungen. Die fenaco Genossenschaft setzt sich für ein konstruktives Miteinander von Stadt und Land ein. In Zusammenarbeit mit dem Forschungsinstitut Sotomo hat fenaco Ende 2021 den ersten Stadt-Land-Monitor publiziert. Die zweite Ausgabe zeigt nun, wie sich das politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Spannungsfeld seither entwickelt hat. Die repräsentative Befragung von mehr als 3000 Schweizerinnen und Schweizern macht eine Verschiebung der Wahrnehmung sichtbar: Zwei Drittel der Befragten nehmen heute einen grossen Graben zwischen Stadt und Land wahr. Das sind noch einmal drei Prozentpunkte mehr als 2021. Dabei sehen 21 Prozent im Stadt-Land-Gegensatz eine Belastungsprobe für die Schweiz. Diese Einschätzungen unterscheiden sich nur wenig zwischen den Raumtypen. Nahmen 2021 insbesondere Befragte aus dem ländlichen Raum zu wenig Rückhalt für ihre Anliegen wahr, sind es nun vermehrt auch die Befragten aus den grossen Städten, die der Ansicht sind, dass die Perspektive der urbanen Räume in der Schweiz zu wenig Gewicht hat.

Der fenaco Stadt-Land-Monitor 2023 zeigt Entwicklungen im Miteinander von Stadt und Land. Als Neuerung gegenüber der ersten Ausgabe beleuchtet er vertieft das Thema Selbstversorgung. Dabei geht es zunächst um die Nahrungsmittel. Bevölkerungswachstum und steigender Platzbedarf erhöhen in

der Schweiz den Druck auf das landwirtschaftlich genutzte Kulturland. Boden ist ein knappes Gut, die Nutzungskonflikte sind gross. Dennoch möchte die Bevölkerung den Selbstversorgungsgrad mit Nahrungsmitteln deutlich erhöhen, am besten ohne Steigerung des Ertrags pro Flächeneinheit. Die Studie zeigt eine gewisse Widersprüchlichkeit in den Forderungen der Bevölkerung. Sie zeigt aber auch, wie sich diese Widersprüchlichkeit potenziell auflösen lässt. Der zweite Fokus widmet sich der Energie und den Folgen des Klimawandels für Stadt und Land. Der Krieg in der Ukraine hat dem Anliegen der Selbstversorgung im Energiebereich neue Dringlichkeit verliehen. Die meisten Befragten fordern eine massive Steigerung der Energieselbstversorgung – unabhängig von ihrem Wohnort und ihrer politischen Orientierung. Einstellungsunterschiede bestehen eher darin, wie das Ziel erreicht werden soll. Der gemeinsame Wunsch nach mehr Selbstversorgung, im Nahrungsmittel- ebenso wie im Energiebereich, schafft die Basis für mehr gemeinsames Anpacken und weniger Gegeneinander.

## WICHTIGSTE ERGEBNISSE IN KÜRZE

### Der Stadt-Land-Graben

Der Stadt-Land-Graben bleibt in der Wahrnehmung gross: Das Auseinanderdriften der grösseren Städte und des ländlichen Raums wird von der Bevölkerung ernst genommen. Zwei Drittel nehmen einen grossen Graben zwischen Stadt und Land wahr. Im Vergleich zur Umfrage 2021 ist dies eine leichte Zunahme um 3 Prozentpunkte. Zugenommen hat insbesondere der Teil der Befragten, der zwar einen grossen Stadt-Land-Gegensatz wahrnimmt, zugleich jedoch überzeugt ist, dass die Schweiz diesen gut auszuhalten vermag. Der Anteil dieser Gruppe ist von 40 auf 46 Prozent gestiegen. Immerhin 21 Prozent sehen gegenwärtig im Stadt-Land-Gegensatz eine Belastungsprobe für die Schweiz.

Der politische Stadt-Land-Gegensatz stabilisiert sich: Das Stimmverhalten zwischen Grossstadt und Land ist in den Jah-

ren 2020 und 2021 voneinander abgewichen, 2022 bewegte sich der Stadt-Land-Gegensatz dagegen wieder im langjährigen Durchschnitt. Die Ausnahme bildet die Volksinitiative gegen Massentierhaltung (2022), die zu den Top-5-Abstimmungen mit der grössten Stadt-Land-Differenz seit 1981 gehört. Fünf der zehn Abstimmungen mit der grössten Stadt-Land-Differenz betreffen die Landwirtschaft.

Die Identifikation mit dem Land steigt: Zwar sieht sich noch immer etwas mehr als die Hälfte der Schweizerinnen und Schweizer nicht als Teil des Stadt-Land-Gegensatzes. Seit 2021 hat sich jedoch der Anteil, der sich auf die Seite des Lands stellt, von 25 auf 30 Prozent erhöht. Gleichzeitig identifizieren sich nur noch 18 statt 20 Prozent mit der Stadt.

Städte politisch in der Defensive: Auch wenn die grossen Städte besonders häufig bei Volksabstimmungen unterliegen, werden sie als bestimmend wahrgenommen. In den Städten werden gesellschaftliche Trends gesetzt, wirtschaftliche Weichen gestellt und Medieninhalte definiert. Im Vergleich zu 2021 geben in der aktuellen Befragung jedoch mehr Befragte an, dass die Interessen des ländlichen Raums nicht nur bei Volksabstimmungen, sondern auch in der Bundespolitik mehr Gewicht hätten. Der Anteil der grossstädtischen Bevölkerung, der findet, die urbanen Interessen erhielten auf dem Land genug Beachtung, ist von 37 auf 28 Prozent gesunken.

Kritik an grossen Unternehmen: Nur 27 Prozent der Befragten vom Land finden, dass grosse Unternehmen auf die Bedürfnisse des ländlichen Raums eingehen. Ob bei Werbekampagnen, neuen Produktlinien oder Diversity – für die grossen Unternehmen steht das Urbane oft im Fokus. Dies führt offenbar zu einer zunehmenden Entfremdung im ländlichen Raum.

Urbane Interessen ausreichend im Bundesrat vertreten: Die Bundesratswahlen Ende 2022 haben eine mediale Diskussion um die Vertretung der urbanen Schweiz im Bundesrat entfacht. Obwohl die grösseren Städte im neuen Bundesrat nicht mehr vertreten sind, ist eine grosse Mehrheit der Befragten (67 %) der Ansicht, dass die Interessen der Städte im aktuellen Bundesrat ausreichend vertreten seien. Selbst unter den Personen, die in

einer grossen Stadt leben, sehen 57 Prozent die Interessen der grossen Städte ausreichend vertreten.

### Selbstversorgung und Bodennutzung

Ruf nach höherem Selbstversorgungsgrad: Der Selbstversorgungsgrad (brutto) mit Nahrungsmitteln liegt in der Schweiz aktuell bei rund 57 Prozent. Der überwiegende Anteil der Befragten (88 %) möchte den Anteil der im Inland produzierten Nahrungsmittel erhöhen, und zwar im Durchschnitt auf 71 Prozent. Der Wunsch nach einem höheren Selbstversorgungsgrad unterscheidet sich nur minimal zwischen Stadt und Land sowie zwischen links und rechts.

Skepsis gegen höheren Flächenertrag: Am wenigsten populär ist die Ertragsteigerung pro Flächeneinheit. Nur 25 Prozent der Befragten wünschen sich explizit eine intensivere Nahrungsmittelproduktion in der Schweiz – obwohl dies aufgrund des knappen Bodens die naheliegende Option ist, um den Selbstversorgungsgrad zu erhöhen.

Zurückhaltende Offenheit für innovative Ansätze: Mit Ausnahme der vertikalen Landwirtschaft ist keine Methode zur Ertragssteigerung populär. Die meisten Methoden stossen jedoch auch nicht auf grundsätzliche Ablehnung. Dies gilt insbesondere für Nahrungsmittel aus Zellkulturen und für Züchtungen mit Genom-Editing. Lediglich 34 Prozent der Befragten lehnen Genom-Editing grundsätzlich ab. Einzig die klassische Gentechnologie wird von einer Mehrheit (51 %) abgelehnt.

Neue Anbaumethoden auch in der Landwirtschaftszone: Eine Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer befürwortet die Öffnung der Landwirtschaftszonen für innovative Methoden der Nahrungsmittelproduktion (vertikale Landwirtschaft, Zellkulturen usw.). 54 Prozent sagen Ja oder eher Ja. Diesem Vorschlag stehen 33 Prozent ablehnend gegenüber.

Umnutzungen «Ja» – Neue Bauzonen «Nein»: 63 Prozent der Befragten sind dagegen, dass es in der Schweiz in Zukunft wieder einfacher wird, neues Bauland zu erschliessen. 74 Prozent der Befragten sind jedoch dafür, dass ehemalige landwirtschaftliche

Gebäude (Maiensässe, Scheunen usw.) ausserhalb der Bauzonen als Wohngebäude genutzt werden können.

### Energie und Klima

Ruf nach höherem Energie-Selbstversorgungsgrad: Die Bevölkerung wünscht sich eine massive Steigerung der Energieselbstversorgung von aktuell rund 30 auf 68 Prozent. Es bestehen dabei nur geringe regionale und parteipolitische Unterschiede.

Nur eine Minderheit für Verzicht: 85 Prozent der Befragten sprechen sich für Solaranlagen an Gebäuden aus, um die Energie-Selbstversorgung zu steigern. 65 Prozent sind auch für die Nutzung von Freiflächen. 65 Prozent wollen den Energie-Selbstversorgungsgrad durch die Innovationen im Bereich des Energieverbrauchs steigern. Nur 43 Prozent sehen den Verzicht als Lösung und lediglich 28 Prozent setzen auf neue Atomkraftwerke zur Steigerung der Energie-Selbstversorgung in den kommenden 10 Jahren.

Grosse Akzeptanz für lokalen Energiehandel: Auf Dächern von Gewerbebauten und Bauernhäusern werden heute grossflächige Solaranlagen installiert, die mehr als den Eigenbedarf abdecken. Fast alle Befragten finden, dass Landwirtinnen, Landwirte und Gewerbetreibende das Recht erhalten sollen, Strom in der Region eigenständig zu verkaufen.

Grosse Städte sehen sich am meisten vom Klimawandel betroffen: Der Klimawandel ist für die meisten Schweizerinnen und Schweizer eine akzeptierte Realität. Nur rund 5 Prozent der Befragten erwarten keine bedeutsamen Folgen des Klimawandels an ihrem Wohnort. Am meisten betroffen sehen sich insgesamt die Befragten aus grösseren Städten. Sie erwarten besonders oft unangenehme Hitze. Mehr als 40 Prozent der Befragten ziehen es zumindest in Betracht, aufgrund der erwarteten Folgen des Klimawandels etwas an ihrer Wohnsituation zu verändern. Fast jede fünfte Person, die in einer grösseren Stadt lebt, erwägt, aufgrund des Klimawandels an einen kühleren Ort zu ziehen.

Ländlicher Klimawandel dennoch im Fokus: Auch wenn sich vor allem Städterinnen und Städter von den Folgen des Klimawandels an ihrem Wohnort betroffen sehen, sind 63 Prozent der Befragten der Ansicht, dass der Klimawandel für die Menschen vom Land am gravierendsten ist. 53 Prozent der Befragten gehen davon aus, dass sich der Klimawandel aufgrund von Trockenheit und Unwettern überwiegend nachteilig auf die Landwirtschaft auswirken wird. 34 Prozent sehen gleichermassen Vor- und Nachteile für die Schweizer Landwirtschaft. Weitere 13 Prozent gehen sogar davon aus, dass sich der Klimawandel aufgrund zunehmender Sonne und Wärme in der Bilanz positiv auswirkt.

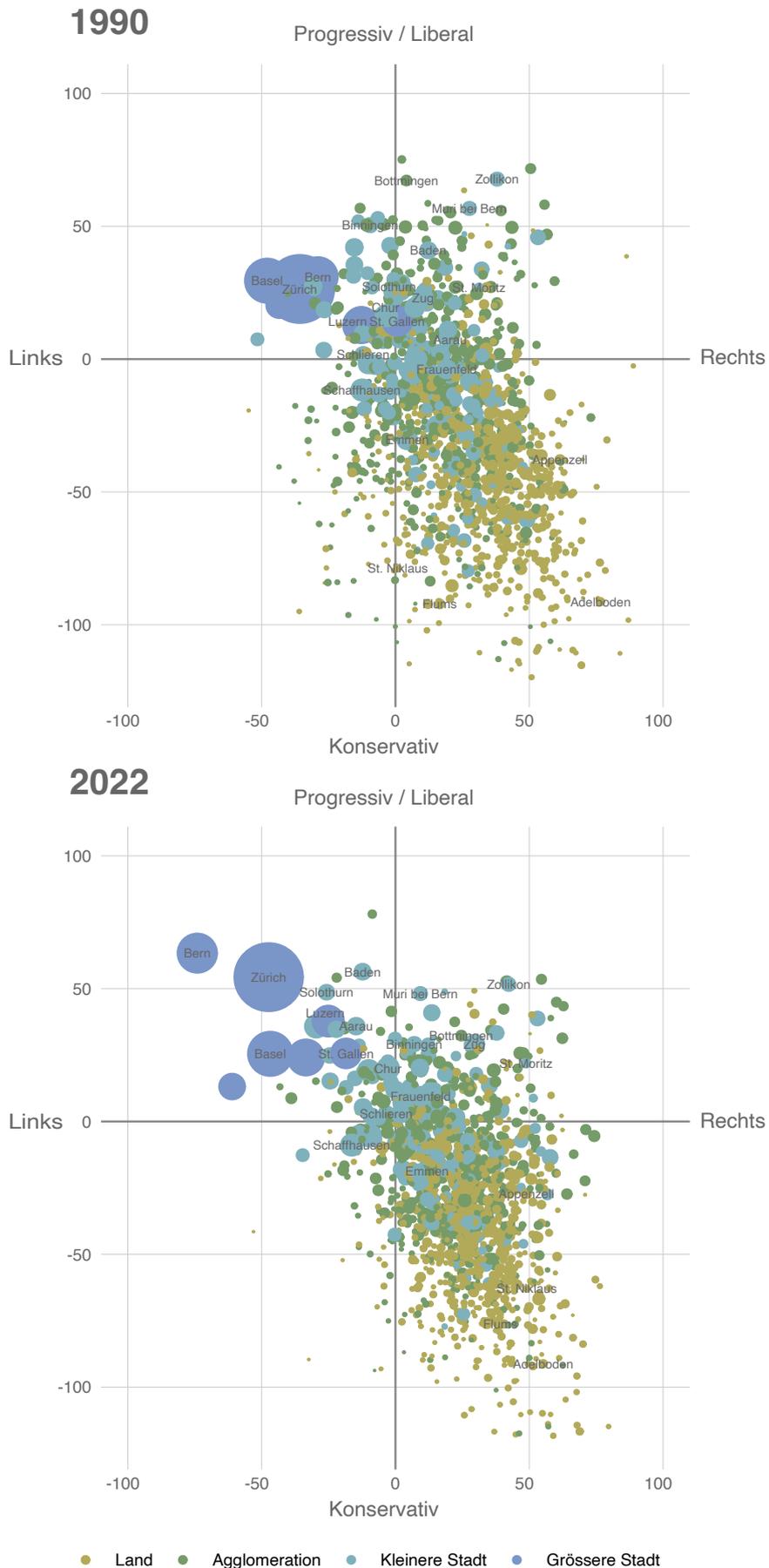
# Das Stadt-Land-Spannungsfeld

Der fenaco Stadt-Land-Monitor untersucht die Entwicklung des Verhältnisses von Stadt und Land in der Schweiz. Er stützt sich dabei auf eigene Erhebungen sowie auf die Analyse von Abstimmungsergebnissen im Zeitverlauf. Mit den Abstimmungsergebnissen können langfristige Entwicklungen bis hinunter zur einzelnen Gemeinde aufgezeigt werden. Mit den Umfrageergebnissen können die Wahrnehmungen und Einschätzungen der Bevölkerung von Stadt und Land untersucht werden.

## 2.1. DIE POLITISCHE LANDKARTE IN BEWEGUNG

Die von Sotomo entwickelte politische Landkarte ordnet Volksabstimmungen in zwei Dimensionen ein. Die horizontale Links-rechts-Achse bildet unterschiedliche Staatsverständnisse ab. «Links» steht für einen Wohlfahrtsstaat, der soziale Sicherung und Gleichstellung zum Ziel hat. «Rechts» steht für einen Ordnungsstaat, der für Sicherheit und Privateigentum einsteht. Die vertikale Achse verläuft zwischen «Progressiv-Liberal» und «Konservativ». Der progressiv-liberale Pol steht für Öffnung, Wandel und Reformen, der konservative Pol für Beständigkeit, Bewahrung und Abgrenzung.

Deutschsprachige Gemeinden im politischen Raum 1990 und 2022 (Abb. 1)  
 Zuordnung auf Basis der Ja-Stimmenanteile bei eidgenössischen Volksabstimmungen

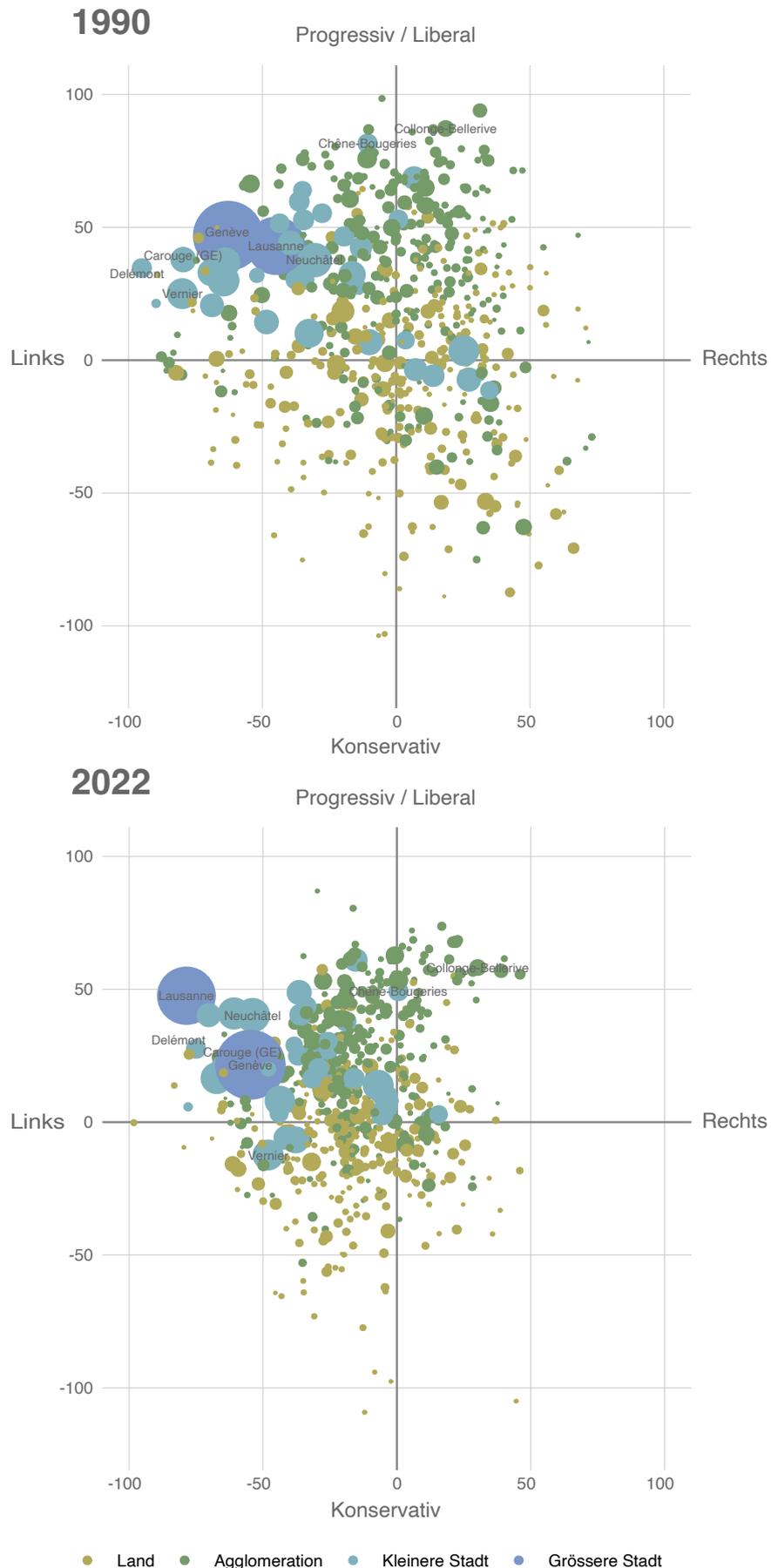


Die vorangegangene Abbildung 1 zeigt alle Gemeinden der Deutschschweiz im politischen Raum – je einmal zum Zeitpunkt 1990 und 2022 (zur besseren Übersichtlichkeit wurden die Gemeinden der französischsprachigen Schweiz separat dargestellt). Die Positionierung der Gemeinden basiert auf den Ja-Stimmenanteilen dieser Gemeinden bei eidgenössischen Volksabstimmungen. Die Farbe zeigt den Raumtyp der Gemeinden. Die Karte von 1990 macht deutlich, dass die meisten grossen Städte schon damals im linksliberalen Quadranten des politischen Raums positioniert waren, und die meisten Gemeinden des ländlichen Raums im rechtskonservativen. Bis ins Jahr 2022 haben sich die grossen und mittelgrossen Kernstädte der Deutschschweiz jedoch politisch von den übrigen Gemeinden entfernt. Die Bundesstadt Bern, aber auch kleinere Kantonshauptstädte wie Solothurn oder Aarau, haben sich besonders stark Richtung linksliberal bewegt. Im Vergleich zu 1990 haben heute viele Kernstädte ein noch progressiv-liberaleres Profil als die im rechtsliberalen Quadranten positionierten wohlhabenden Agglomerationsgemeinden. Das heisst, sie stimmen vermehrt für Öffnung und Wandel.

Die folgende Abbildung 2 zeigt die Gemeinden der französischen Schweiz im politischen Raum. Die beiden Karten machen deutlich, dass es auch im frankofonen Landesteil einen Stadt-Land-Gegensatz gibt. Dieser ist jedoch weniger stark ausgeprägt als in der Deutschschweiz. Nur Lausanne hebt sich heute, in politischer Hinsicht, mit einem linksliberalen Profil deutlich vom Umland ab. Demgegenüber ist die Weltstadt Genf deutlich weniger progressiv orientiert. Das Profil Genfs ist am ehesten mit jenem von Basel vergleichbar. Beides sind Grenzstädte, die von offenen Grenzen direkter betroffen sind als Binnenstädte wie Lausanne, Bern oder Zürich. Im Unterschied zur Deutschschweiz sind die wohlhabenden Agglomerationsgemeinden in der Romandie besonders öffnungsorientiert – viele von ihnen sind progressiv-liberaler als die Kernstädte.

Französischsprachige Gemeinden im politischen Raum 1990 und 2022 (Abb. 2)

Zuordnung auf Basis der Ja-Stimmenanteile bei eidgenössischen Volksabstimmungen

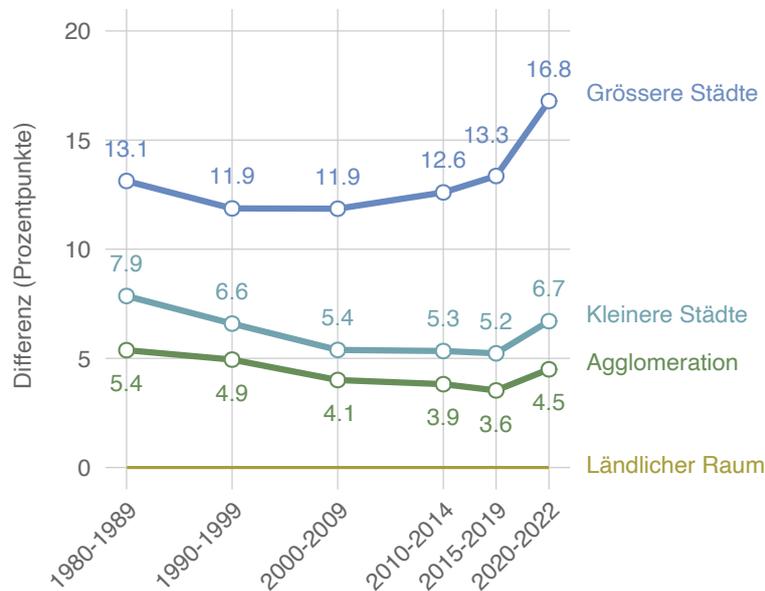


Der wichtigste Unterschied zur politischen Geografie der Deutschschweiz betrifft jedoch den rechtskonservativen Quadranten. Während östlich des Röstigrabens die meisten ländlichen Gemeinden in diesem Quadranten liegen, ist er in der Romandie beinahe verwaist. Es waren vor allem Walliser Gemeinden, die 1990 noch ein eher rechtskonservatives Profil hatten. Durch die dynamische Entwicklung der Genferseeregion hat das frankofone Wallis in den letzten dreissig Jahren jedoch einen starken Urbanisierungsschub erlebt und sich dadurch in Richtung des linksliberalen Quadranten bewegt.

## 2.2. DER GROSSSTADT-LAND-GRABEN

### Entwicklung des Stadt-Land-Gegensatzes 1981-2022 (Abb. 3)

Trendentwicklung der durchschnittlichen Abweichung des Ja-Stimmenanteils bei eidgenössischen Volksabstimmungen zwischen drei Raumtypen (grössere Stadt, kleinere Stadt, Agglomeration) und dem ländlichen Raum (Land).



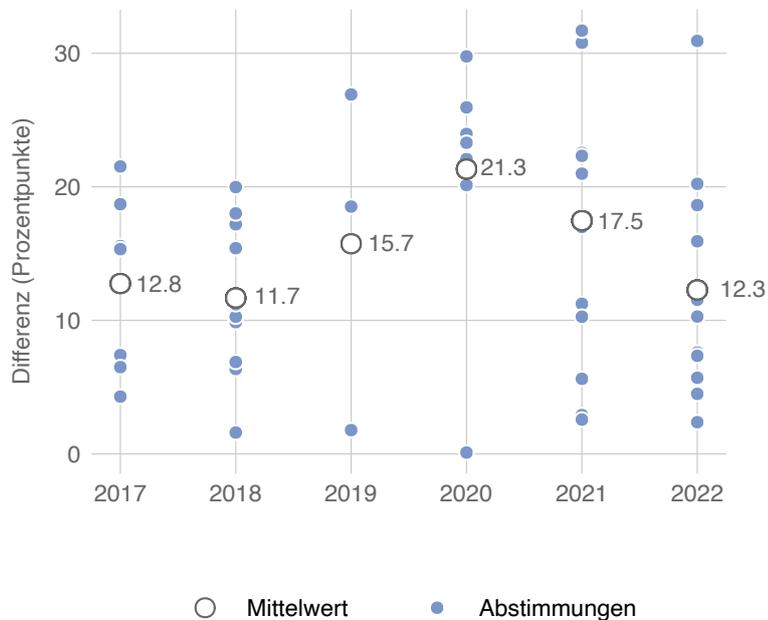
Der Stadt-Land-Monitor nutzt eine einfache und zugleich aussagekräftige Einteilung der Raumtypen in «Land», «Agglomeration»<sup>1</sup>, «kleinere Stadt» und «grössere Stadt». Abbildung 3

<sup>1</sup>Der Begriff Agglomeration wird hier, wie im öffentlichen Diskurs in der Schweiz üblich, als Kurzform für Agglomerationsgürtel verwendet.

zeigt die durchschnittliche Abweichung der Abstimmungsergebnisse der drei Raumtypen «grössere Stadt», «kleinere Stadt» und «Agglomeration» im Vergleich zum Typ «Land» zwischen 1981 und 2022. Dabei wird deutlich, dass der politische Stadt-Land-Gegensatz eigentlich ein Gegensatz zwischen den grossen Städten (über 50 000 Einwohnerinnen und Einwohner) und dem ländlichen Raum ist. Die kleineren Städte bewegen sich gemeinsam mit den Agglomerationen zwischen dem grossstädtischen und dem ländlichen Pol.

**Stadt-Land-Gegensatz 2017-2022 (Abb. 4)**

Abweichung des Ja-Stimmenanteils bei eidgenössischen Volksabstimmungen zwischen Grössere Stadt und Land



Der Gegensatz zwischen den grossen Städten und dem ländlichen Raum hat sich insbesondere seit Beginn der 2010er-Jahre stark vergrössert. Während die durchschnittliche Differenz im Ja-Stimmenanteil zwischen Grossstadt und Land von 1990 und 2009 bei 11,9 Prozentpunkten lag, liegt dieser Wert seit 2020 bei durchschnittlich 16,8 Prozentpunkten.

# 2022 bewegte sich der politische Stadt-Land-Gegensatz wieder im langjährigen Durchschnitt.

## Grösste Unterschiede zwischen Stadt und Land beim Abstimmungsverhalten (Abb. 5)

Abweichung des Ja-Stimmenanteils bei eidgenössischen Volksabstimmungen zwischen grösserer Stadt und Land, 1981-2022, 361 Abstimmungen

Rang	Titel	Jahr	Differenz
1	CO2-Gesetz	2021	31.7
2	TWI - Trinkwasserinitiative	2021	31.4
3	VI Für den Schutz vor Waffengewalt	2011	31.1
4	Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe	1998	31.0
5	Volksinitiative «Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative)»	2022	30.9
6	«Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» Pestizidinitiative	2021	30.8
7	Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen»	2020	29.8
8	naturnahes Bauern - gegen Tierfabriken	1989	29.5
9	Inländische Zuckerwirtschaft	1986	28.7
10	Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands	2019	26.9
	[...]		
50	Initiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung»	2022	20.2
74	Bundesgesetz über ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien	2022	18.6
119	Änderung des Filmgesetzes	2022	15.9
203	Änderung des Bundesgesetzes über die Verrechnungssteuer (Stärkung des Fremdkapitalmarkts)	2022	11.5
222	Änderung des Transplantationsgesetzes	2022	10.3
272	EU-Verordnung über die Europäische Grenz- und Küstenwache (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)	2022	7.6
278	Änderung des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV 21)	2022	7.3
297	Änderung des Bundesgesetzes über die Stempelabgaben	2022	5.7
307	Bundesbeschluss über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer	2022	4.5
337	Initiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot»	2022	2.4

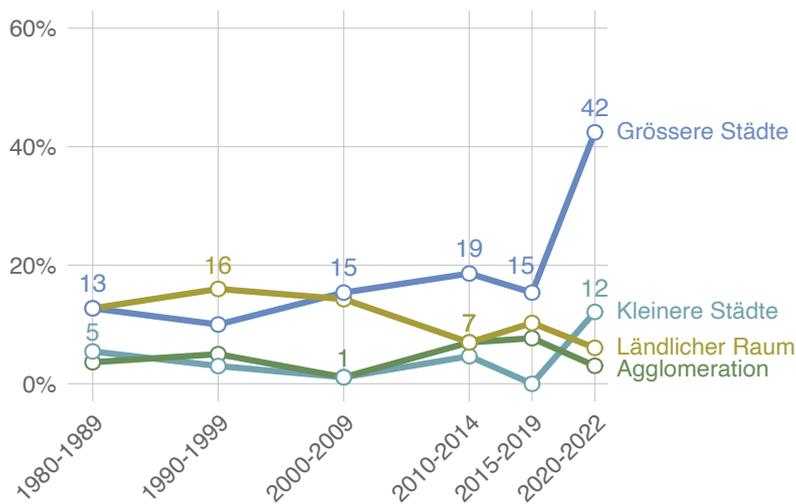
Die Detailanalyse der letzten fünf Jahre zeigt, dass die Differenz des Stimmverhaltens der grösseren Städte und des ländlichen

Raums insbesondere in den Jahren 2020 und 2021 aussergewöhnlich gross war. 2022 öffnete sich dagegen insgesamt nur noch eine mittelgrosse Kluft zwischen Grossstadt und Land. Für Emotionen und Konfliktstoff sind jedoch weniger die durchschnittlichen Abstimmungen von Bedeutung als jene, die besonders umstritten sind. Dabei zeigt sich: Fünf der zehn Abstimmungen mit der grössten Stadt-Land-Differenz seit 1981 liegen in den letzten drei Jahren. Drei von diesen fünf Abstimmungen haben einen direkten Bezug zur Landwirtschaft. Den grössten Gegensatz gab es 2022 bei der Initiative gegen Massentierhaltung. Bei dieser Vorlage stimmten die grösseren Städte 30,9 Prozent stärker zu als der ländliche Raum. Die Vorlage liegt auf Rang 5 von 361 Vorlagen.

Problematisch sind solche Spannungsfelder vor allem dann, wenn eine Seite die andere überstimmt. Bei 14 von 33 Abstimmungen in dieser Legislatur wurden die grossen Städte von der Mehrheit der Schweizer Bevölkerung (oder von einer Mehrheit der Stände) überstimmt. Wie Abbildung 6 zeigt, liegt dieser Anteil sehr deutlich über dem langjährigen Durchschnitt.

Von der Mehrheit überstimmt 1981-2022 (Abb. 6)

Entwicklung des Anteils von Abstimmungen, in denen das Gesamtergebn nicht dem Resultat des jeweiligen Raumtyps entspricht



Demgegenüber wurde der ländliche Raum in dieser Legislatur bisher erst zweimal überstimmt – beim Jagdgesetz im Septem-

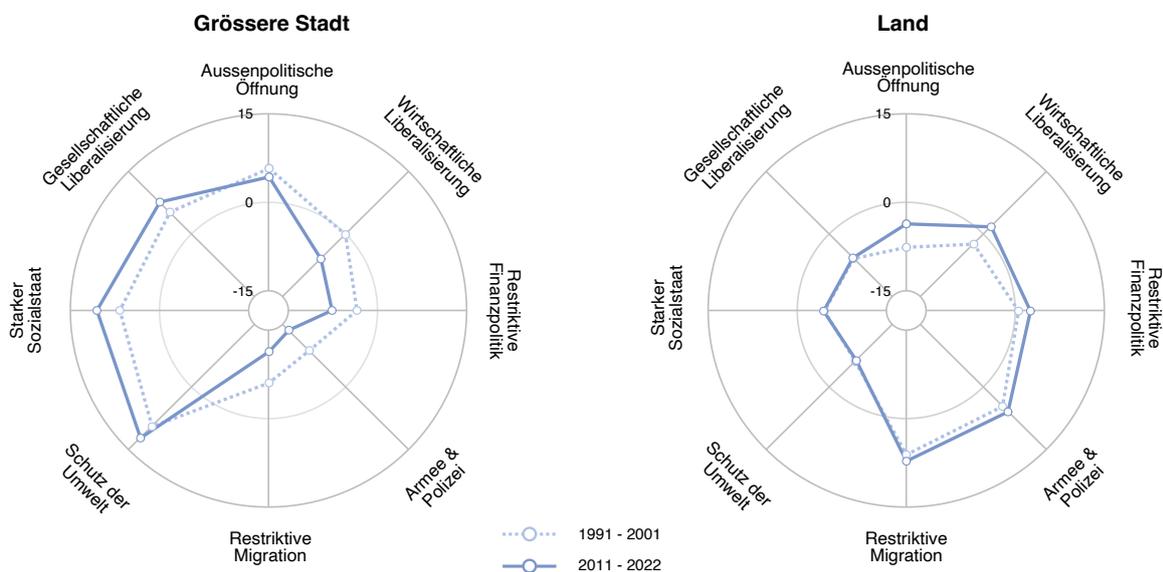
ber 2020 sowie bei der Initiative «Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung» im Februar 2022. Über die gesamte Untersuchungsperiode gesehen, ist die Agglomeration fast immer in der Mehrheit. Wenn die Agglomeration überstimmt wird, ist diese selbst immer in zwei fast gleichgrosse Hälften geteilt. Es sind also eher Zufallsentscheide.

## 2.3. DAS POLITISCHE PROFIL VON STADT UND LAND

Der Stadt-Land-Gegensatz ist grösser geworden, weil sich das politische Profil der grossen Städte von der Mehrheitsmeinung wegbewegt hat. Dies wird in Abbildung 7 sichtbar. Hier ist in Prozentpunkten die durchschnittliche Abweichung der Raumtypen vom gesamtschweizerischen Abstimmungsverhalten in einzelnen Themenfeldern dargestellt.

### Politisches Profil von grösserer Stadt und Land (Abb. 7)

Zuordnung auf Basis von Volksabstimmungsergebnissen

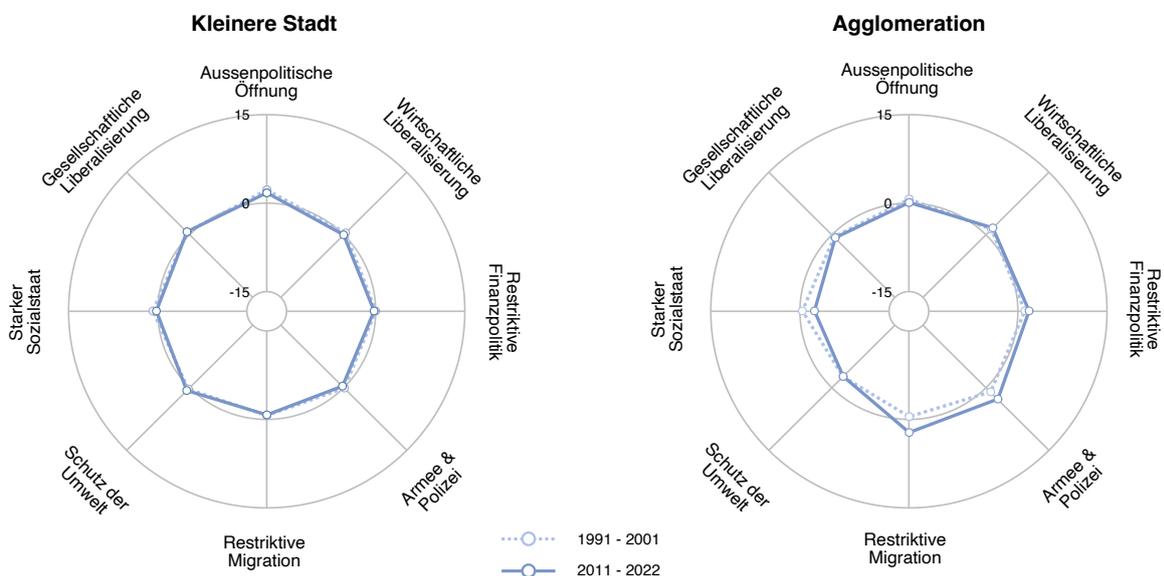


Das politische Spinnenprofil zeigt, dass die grösseren Städte im Vergleich zur Gesamtschweiz insgesamt ein deutlich linkeres Abstimmungsprofil aufweisen. Besonders gross ist die Abwei-

chung vom Schweizer Durchschnitt (Nulllinie) in den Bereichen Umwelt, Soziales, Sicherheit sowie Migration. Insgesamt am grössten ist die Differenz bei sicherheitspolitischen Anliegen (Polizei, Armee). Hier ist die Zustimmung der grossen Städte durchschnittlich 15 Prozentpunkte tiefer als in der Schweiz als Ganzes. Der Vergleich des aktuellen Profils (2011-2022) mit dem der Referenzperiode (1991-2001) zeigt praktisch überall eine Akzentuierung des linken Profils der grossen Städte. Das politische Profil des ländlichen Raums weicht in die entgegengesetzte Richtung von der Nulllinie und damit vom Schweizer Mittelwert ab. Das Land ist bürgerlicher und konservativer als die Schweiz als Ganzes. Das Profil der ersten dargestellten Periode (1991-2001) unterscheidet sich jedoch nur wenig vom aktuellen Profil (2011-2022). Der ländliche Raum hat sich im Gesamtgefüge nur wenig verändert. Beim Thema der ausserpolitischen Öffnung hat sich dieser Raumtyp sogar dem Mittelwert angenähert.

Politisches Profil von kleinerer Stadt und Agglomeration (Abb. 8)

Zuordnung auf Basis von Volksabstimmungsergebnissen



Die politischen Profile der kleineren Städte und der Agglomeration weichen nur minimal von der Nulllinie und damit vom Schweizer Durchschnitt ab. Das ist nicht erstaunlich, denn diese beiden Raumtypen repräsentieren schliesslich die Durch-

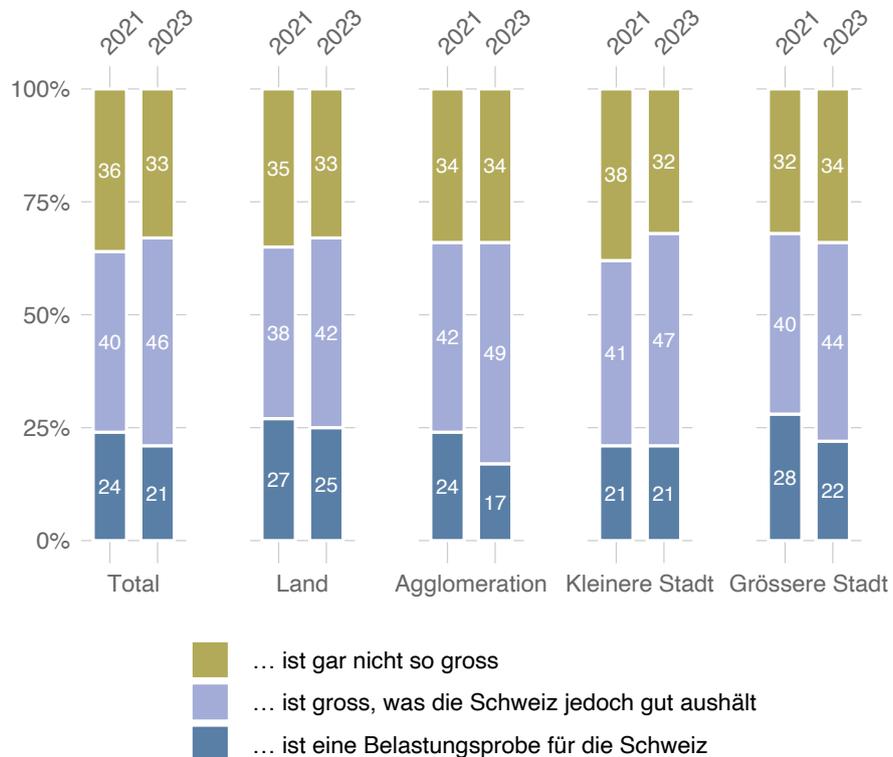
schnittsschweiz. Dies gilt noch stärker für die Agglomeration als für die kleineren Städte, die seit den 1990er-Jahren leicht nach links gerückt sind.

## 2.4. DER STADT-LAND-GRABEN: EINSCHÄTZUNGEN

Das politische Auseinanderdriften der grösseren Städte und des ländlichen Raums wird von der Bevölkerung ernst genommen. Zwei Drittel nehmen einen grossen Graben zwischen Stadt und Land wahr. Im Vergleich zur Umfrage 2021 ist dies eine leichte Zunahme um 3 Prozentpunkte.

### Bewertung des Stadt-Land-Grabens (Abb. 9)

«Welcher der folgenden Aussagen zum Gegensatz zwischen Stadt und Land stimmen Sie am ehesten zu? Der Gegensatz ...?»



Zugenommen hat insbesondere der Teil der Befragten, der zwar einen grossen Stadt-Land-Gegensatz wahrnimmt, zugleich jedoch überzeugt ist, dass die Schweiz diesen gut auszuhalten vermag. Der Anteil dieser Gruppe ist von 40 auf 46 Prozent gestiegen. Immerhin 21 Prozent sehen gegenwärtig im Stadt-Land-Gegensatz eine Belastungsprobe für die Schweiz. Die Einschätzungen unterscheiden sich nur wenig zwischen den Raumtypen.

# Auf der linken Seite wird ein grösserer Graben wahrgenommen.

**Bewertung des Stadt-Land-Grabens nach politischer Orientierung (Abb. 10)**

«Welcher der folgenden Aussagen zum Gegensatz zwischen Stadt und Land stimmen Sie am ehesten zu? Der Gegensatz ...?»

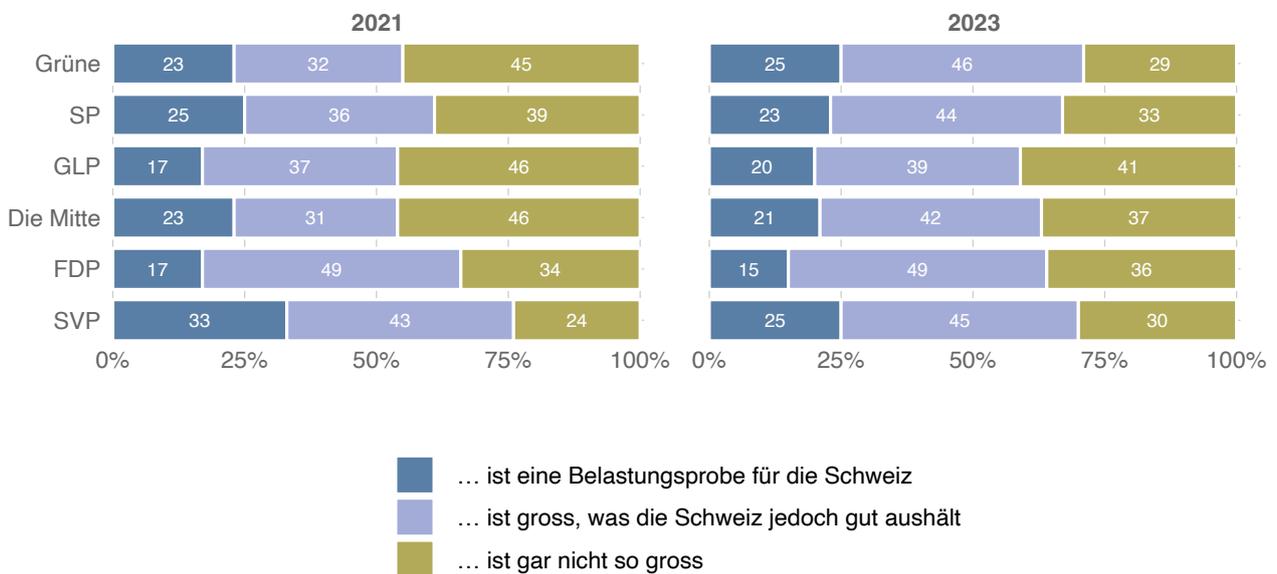
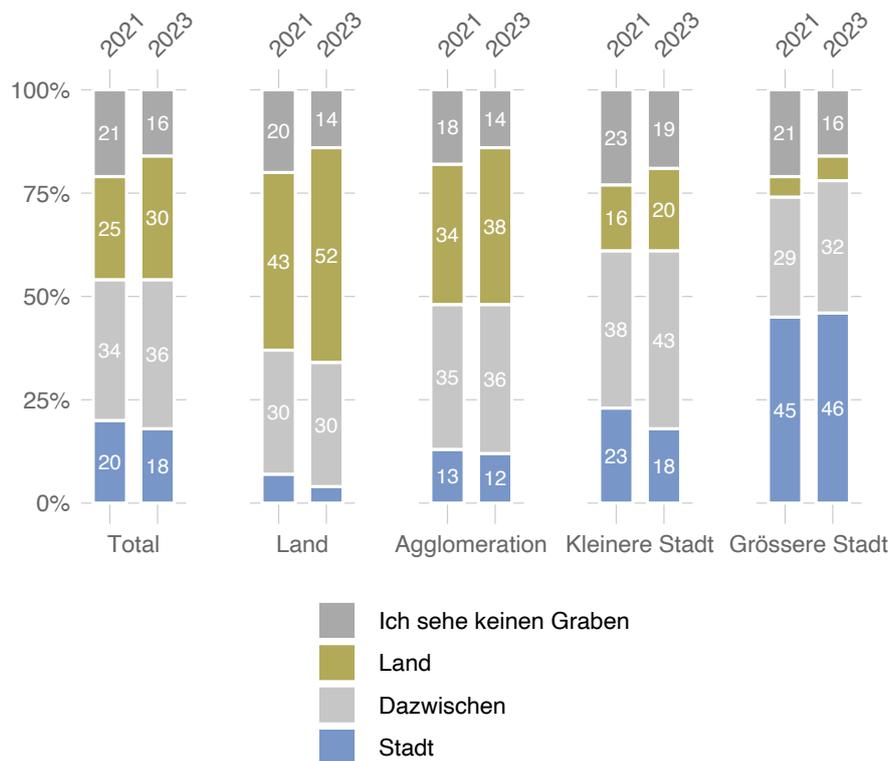


Abbildung 10 zeigt, dass im Vergleich zu 2021 auf der linken Seite des politischen Spektrums der Stadt-Land-Gegensatz stärker wahrgenommen wird. In der letzten Befragung gaben 45 Prozent der Grünen an, dass es in der Schweiz keinen bedeutenden Stadt-Land-Gegensatz gäbe – nun sind es noch 29 Prozent. Bei der SP fiel der Wert von 39 auf 33 Prozent. Dafür ist der entsprechende Anteil bei der SVP von 24 auf 30 Prozent gestiegen. Diese Verschiebung von rechts nach links deutet daraufhin, dass die Sensibilität auf der linken Seite gestiegen ist. Links orientierte Personen erleben wiederholt, dass sie vom ländlichen Raum überstimmt werden.

#### Position im Stadt-Land-Spannungsfeld (Abb. 11)

«In Medien und Politik ist oft vom Stadt-Land-Graben die Rede. Auf welcher Seite dieses Grabens sehen Sie sich selbst?»



Auch wenn die meisten Befragten einen grossen Stadt-Land-Gegensatz wahrnehmen, sieht sich etwas mehr als die Hälfte nicht als Teil davon. 18 Prozent zählen sich zum Team «Stadt», 30 Prozent mehr zum Team «Land». Im Vergleich zur letzten Befragung ist der Anteil, der sich zum Land zählt, gestiegen und

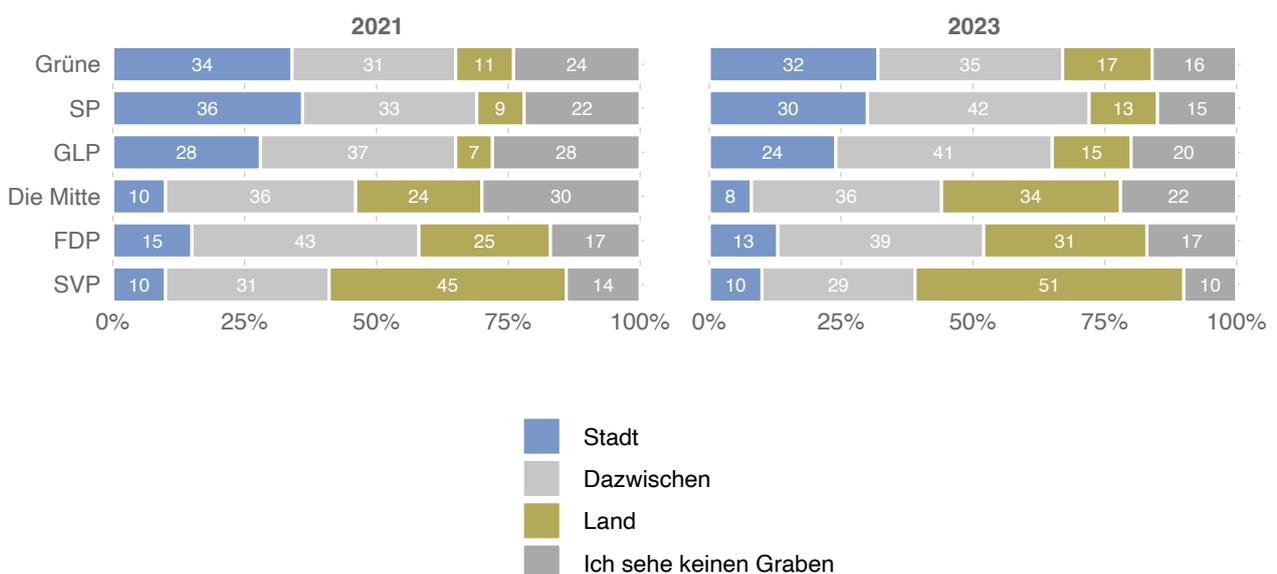
der Anteil, der sich zur Stadt zählt, gesunken. Insbesondere auf dem Land ist die Identifikation mit dem Land deutlich von 43 auf 52 Prozent gestiegen. Dennoch stehen sich nicht einfach zwei geschlossene und unversöhnliche Lager gegenüber. Noch immer etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung sieht sich nicht als Teil eines Lagers.

## Die Identifikation mit dem ländlichen Pol steigt.

Auffällig ist, dass sich anders als noch 2021 (45 %) heute eine Mehrheit der SVP-Basis (51 %) beim politischen Stadt-Land-Gegensatz klar auf die Seite des Lands stellt. Interessanterweise zeigt sich eine entsprechende Verschiebung auch bei allen anderen. Die Bevölkerung des ländlichen Raums identifiziert sich generell stärker mit dem eigenen Raumtyp und sieht sich in einem politischen Konflikt mit der Stadt.

Position im Stadt-Land-Spannungsfeld nach politischer Orientierung (Abb. 12)

«In Medien und Politik ist oft vom Stadt-Land-Graben die Rede. Auf welcher Seite dieses Grabens sehen Sie sich selbst?»



Im Stadt-Land-Gegensatz zählen sich die Wählenden der Grünen am häufigsten zum Lager der Stadt. In der Umfrage von 2021 waren es noch jene der SP. Allerdings zählen sich bei beiden Parteien etwas weniger zur Stadt und etwas mehr zum Land oder zum «Dazwischen». Dass es keinen Graben gibt, davon sind mittlerweile weniger Menschen überzeugt als noch bei der letzten Befragung.

# Wer das Sagen hat

Auch wenn bei Volksabstimmungen vor allem die grossen Städte überstimmt werden, geht die Bevölkerung eher davon aus, dass die Städte in der Schweiz das Sagen haben. Im Vergleich zum Monitor 2021 finden jedoch immer mehr Städter und Städterinnen, dass sie in der Schweiz zu wenig Gehör finden.

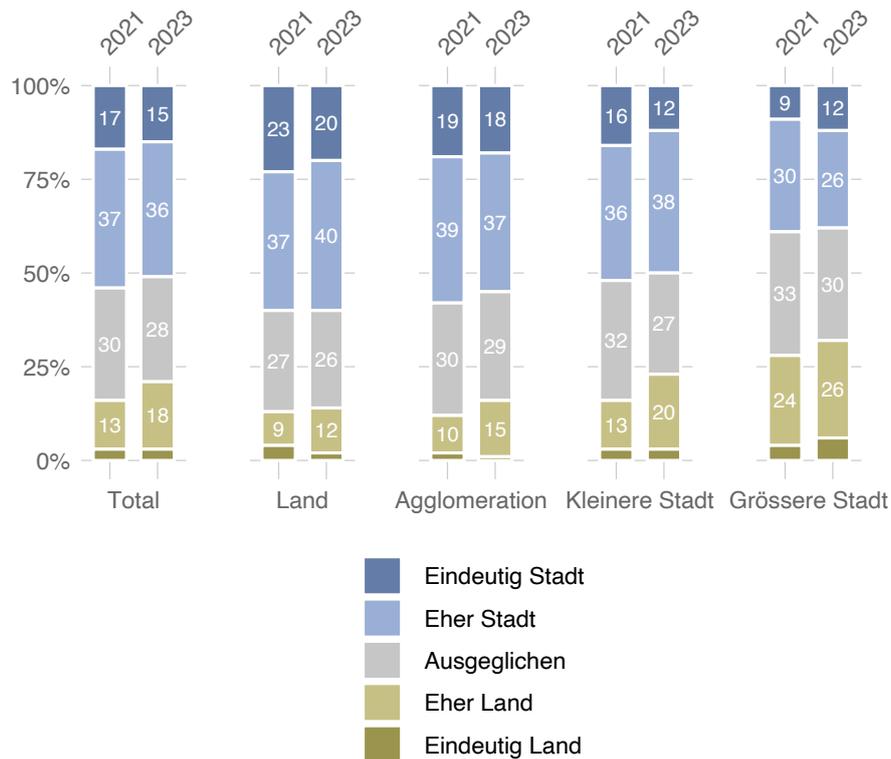
## 3.1. DOMINANZ DER STÄDTE PUNKTUELL IN FRAGE GESTELLT

In den vergangenen Jahren wurden die grösseren Städte bei eidgenössischen Volksabstimmungen am häufigsten überstimmt. Die Bevölkerung nimmt dennoch die Städte insgesamt als dominanter war, schliesslich misst sich Einfluss nicht nur an Abstimmungsergebnissen. 51 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass in der Schweiz eher die Stadt als das Land das Sagen hat. Nur 21 Prozent sind vom Gegenteil überzeugt und sagen, das Land hätte tendenziell mehr Einfluss. Diese 21 Prozent bedeuten jedoch einen Anstieg im Vergleich zur Befragung von 2021. Damals sahen nur 16 Prozent das Land im Vorteil (Abb. 13). Kaum verändert hat sich dabei die Einschätzung der Bevölkerung des ländlichen Raums. Es sind die Bewohnerinnen und Bewohner der anderen Raumtypen, bei denen sich eine Verschiebung der Wahrnehmung zeigt. Befragte, die in einer grossen Stadt leben, schätzen die Machtbilanz als fast ausgegli-

chen ein: 38 Prozent sehen die Städte am längeren Hebel und 32 Prozent das Land. Die restlichen 30 Prozent erachten die Machtverhältnisse als ausgeglichen.

### Wer das Sagen hat (Abb. 13)

«Wer hat in der Schweiz insgesamt eher das Sagen?»

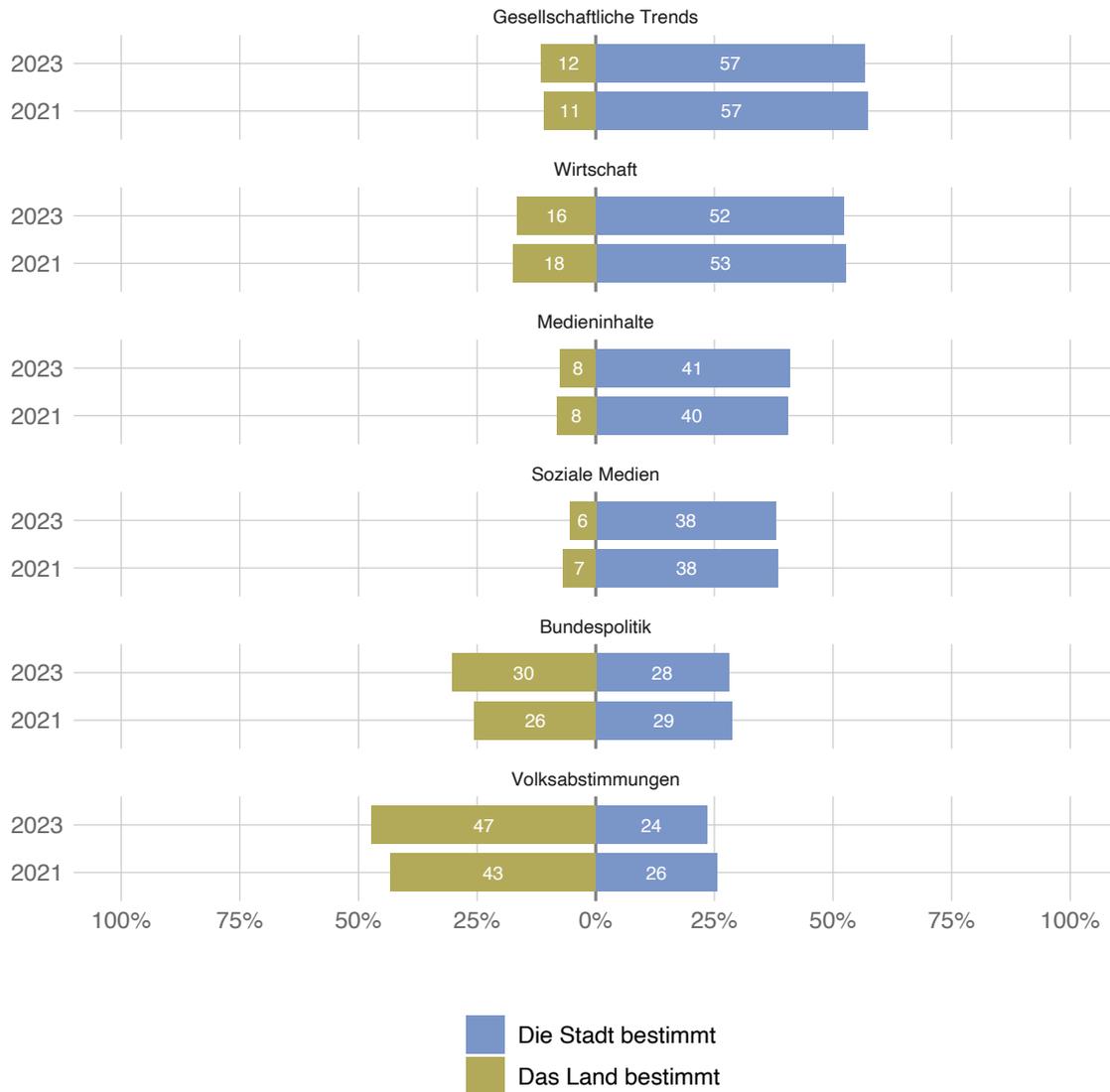


Die leichte Verschiebung der Einschätzung Richtung Land geht ausschliesslich auf die Politik zurück. Bei gesellschaftlichen Trends und der Wirtschaft werden die Städte unvermindert als bestimmend angesehen. In der Bundespolitik und bei Volksabstimmungen wird der Einfluss des Lands jedoch als höher eingeschätzt als noch 2021. So sieht fast die Hälfte der Befragten das Land bei Volksabstimmungen als bestimmend an. Weniger als ein Viertel geht noch davon aus, dass die Städte in diesem Bereich dominant sind. Erstmals sieht eine relative Mehrheit das Land auch in der Bundespolitik als bestimmend an. 30 Prozent sehen hier das Land am Drücker und 28 Prozent die Stadt. Die wiederholten Abstimmungssiege des ländlichen Raums bei agrarpolitischen Vorlagen, zuletzt bei der Massentierhaltung,

sowie die letzten Bundesratswahlen, bei denen sich bei der SP die Kandidatin aus dem ländlichen Raum (Elisabeth Baume-Schneider) gegen die Grossstädterin (Eva Herzog) durchgesetzt hat, scheinen sich auf die Wahrnehmung auszuwirken.

Wo die Stadt und wo das Land bestimmt (Abb. 14)

«In welchen Bereichen in der Schweiz ist aus Ihrer Sicht die Stadt bestimmend?», «In welchen Bereichen in der Schweiz ist aus Ihrer Sicht das Land bestimmend?»

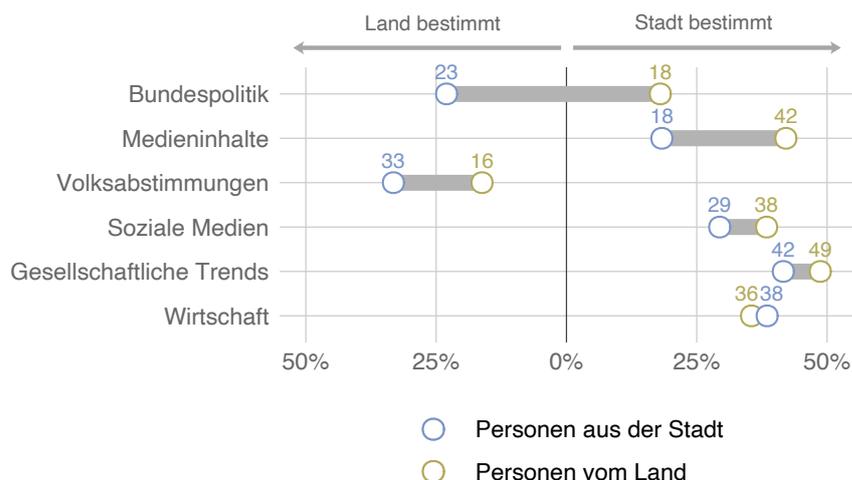


Dass die Städte im wirtschaftlichen Bereich bestimmend sind, darüber sind sich die Befragten aus Stadt und Land einig. Keine Einigkeit herrscht dagegen bei der Bundespolitik. Hier sehen Befragte vom Land die Stadt im Vorteil, während Städterinnen und Städter das Land im Vorteil sehen. In keinem anderen

Bereich gehen die Einschätzungen stärker auseinander. Relativ gross ist die Diskrepanz allerdings auch bei der Einschätzung der Berichterstattung der Medien. Für die Befragten vom Land herrscht kein Zweifel, dass hier die Stadt bestimmend ist. Die Befragten aus der Stadt sind sich da weniger sicher (Abb. 15).

#### Wo die Stadt und wo das Land bestimmt – nach Raumtyp (Abb. 15)

«In welchen Bereichen in der Schweiz ist aus Ihrer Sicht die Stadt bestimmend?», «In welchen Bereichen in der Schweiz ist aus Ihrer Sicht das Land bestimmend?»

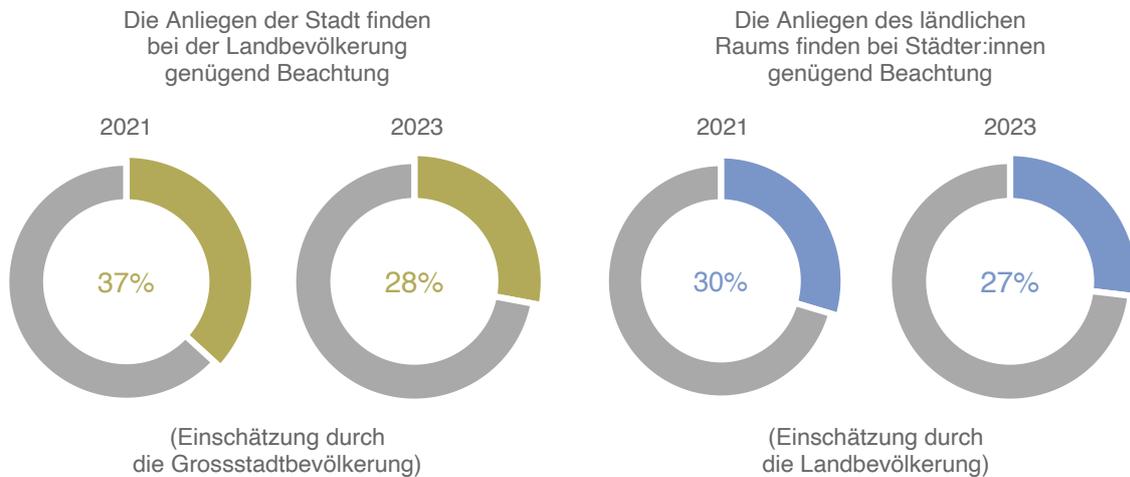


### 3.2. WO ANLIEGEN GEHÖR FINDEN

Nur 28 Prozent der Bewohnerinnen und Bewohner der grösseren Städte sind der Ansicht, dass die Landbevölkerung die Anliegen des urbanen Raums genügend beachte. Das ist ein markanter Rückgang im Vergleich zur Befragung von 2021, als noch 37 Prozent der grossstädtischen Befragten sich verstanden fühlten. Die Gegenperspektive hat sich dagegen nur wenig verändert. Statt 30 Prozent sehen sich noch 27 Prozent der Landbevölkerung genügend von den Städterinnen und Städtern verstanden. Es ist insbesondere die urbane Bevölkerung, die sich vermehrt unverstanden fühlt. Nun sind es beide Seiten, die sich gleichermaßen vom Gegenpol distanziert haben.

## Verständnis für die eigenen Anliegen durch Landbevölkerung und Städter:innen (Abb. 16)

«Wie gut finden die Anliegen [Ihres Raumtyps] in der Schweiz Beachtung?», Raumtyp gemäss Selbsteinschätzung

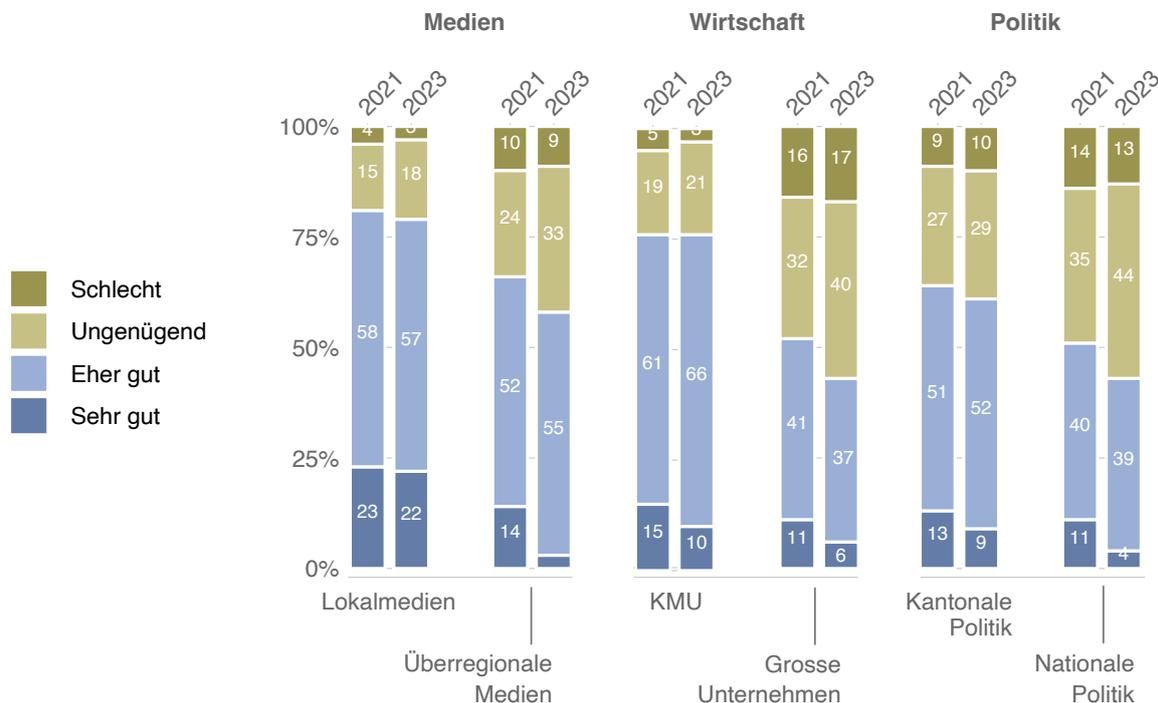


# Die städtische und ländliche Bevölkerung fühlt sich gleichermassen unverstanden.

Geht es um die Beachtung der Interessen der eigenen Region durch unterschiedliche gesellschaftliche Instanzen, zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen regionalen und überregionalen Akteuren. Erwartungsgemäss finden die Anliegen der Regionen aus Sicht der Befragten eher bei Lokalmedien, KMU und der kantonalen Politik Gehör als bei überregionalen Medien, grossen Unternehmen und der nationalen Politik. Im Vergleich zu 2021 ist die Vertretung der Anliegen der Regionen gerade bei grossen Unternehmen, bei überregionalen Medien und in der nationalen Politik nochmals gesunken.

### Verständnis für die Anliegen der eigenen Region (Abb. 17)

«Wie gut finden die Anliegen [Ihres Raumtyps] in der Schweiz Beachtung?», Raumtyp gemäss Selbsteinschätzung



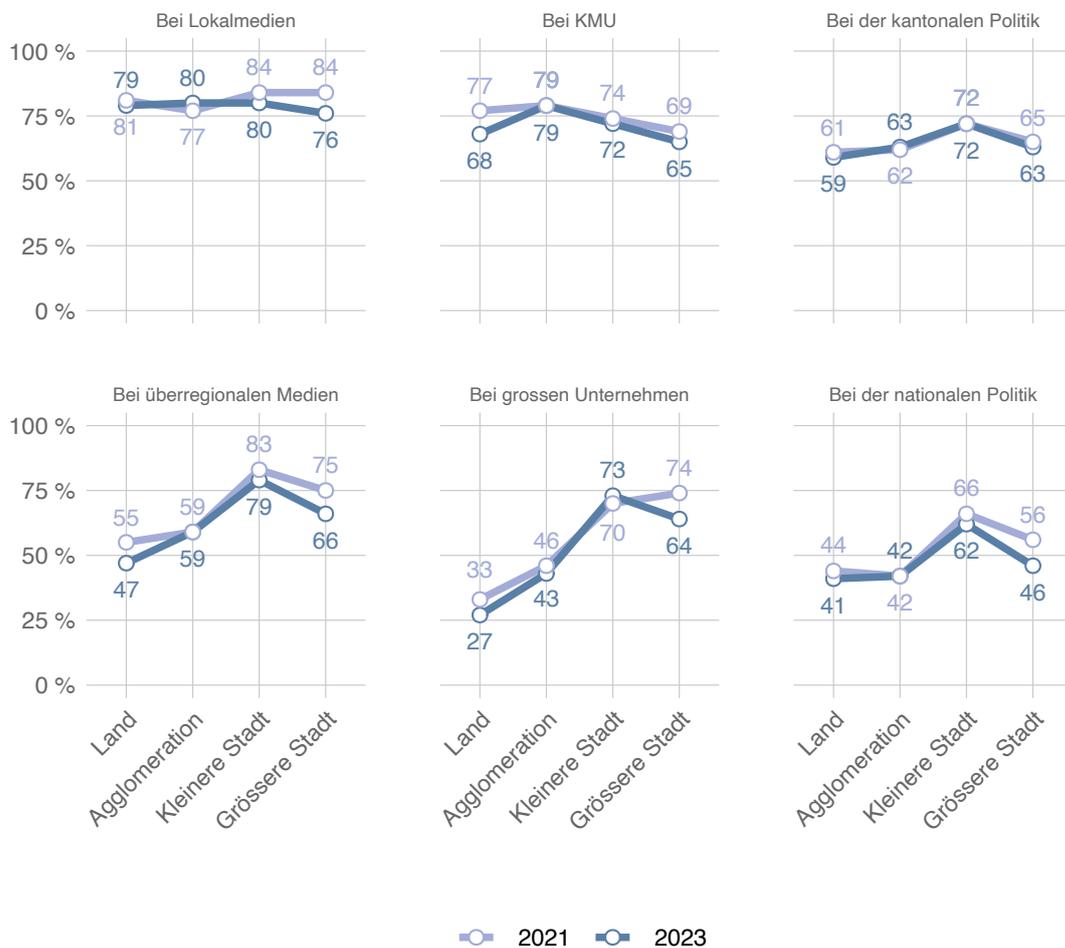
## Nur ein Viertel der Landbevölkerung findet, dass ländliche Anliegen bei grossen Unternehmen genügend Beachtung finden.

Die Auswertung nach Wohnort macht deutlich, dass insbesondere Personen aus dem ländlichen Raum und aus der Agglomeration sich durch die überregionalen Akteure zu wenig repräsentiert sehen. Die städtischen Befragten unterscheiden dagegen weniger zwischen regionalen und überregionalen Akteuren. Darin kommt zum Ausdruck, dass die überregionalen Akteure oft in urbanen Zentren lokalisiert sind. Besonders viel Vertrauen

verloren haben seit 2021 grössere Unternehmen (Abb. 18). Nur ein gutes Viertel der Landbevölkerung ist noch der Ansicht, dass die Anliegen ländlicher Regionen bei grossen Unternehmen genügend Beachtung finden. 2021 war noch ein Drittel der Landbevölkerung dieser Ansicht. Allerdings ist der Anteil der Stadtbevölkerung, der sich von grossen Unternehmen beachtet fühlt, ebenfalls gesunken: von 74 auf 64 Prozent.

**Verständnis für die Anliegen der Raumtypen durch Institutionen (Abb. 18)**

«Wie gut finden die Anliegen [Ihres Raumtyps] in der Schweiz Beachtung?», Raumtyp gemäss Selbsteinschätzung

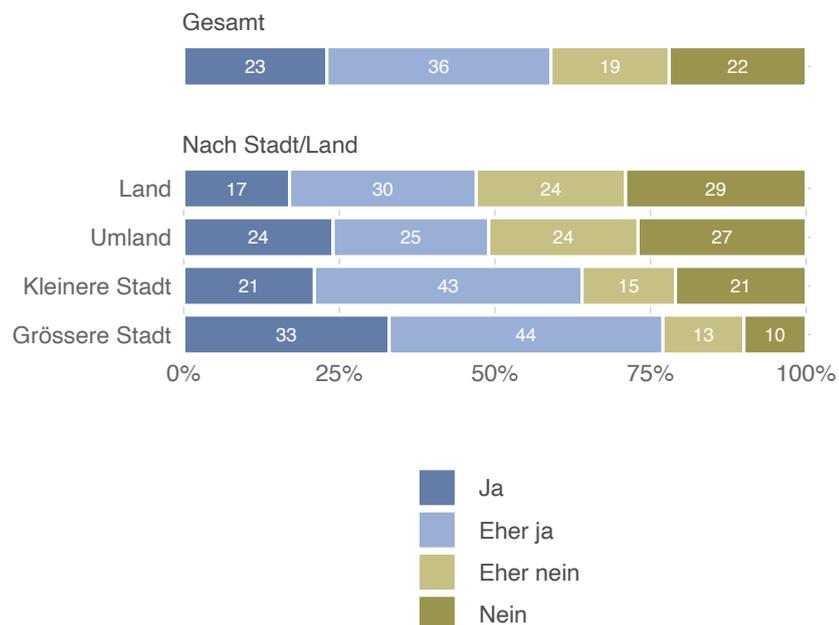


### 3.3. INTERESSENSVERTRETUNG IM BUNDESRAT

Die Bundesratswahlen Ende 2022 haben eine mediale Diskussion um die ungenügende Vertretung der Anliegen der urbanen Schweiz in Bern entfacht. Die vereinigte Bundesversammlung hat sich gegen die Favoritin aus der Stadt Basel, Eva Herzog, ausgesprochen und ihr die Aussenseiterin, Elisabeth Baume-Schneider, aus dem ländlich-strukturschwachen Kanton Jura vorgezogen. Damit sind aktuell die grösseren Städte nicht mehr im Bundesrat vertreten. 59 Prozent der Befragten sind jedoch der Ansicht, dass mindestens ein Bundesrat oder eine Bundesrätin aus einer grösseren Stadt sein soll. Bei den Befragten vom Land sind etwas weniger als die Hälfte dieser Ansicht, bei den Städterinnen und Städtern ist es eine überwiegende Mehrheit.

#### Vertretung Städter:innen im Bundesrat (Abb. 19)

«Sind Sie der Meinung, es sollte mindestens ein Bundesrat oder eine Bundesrätin aus einer grösseren Stadt sein?»

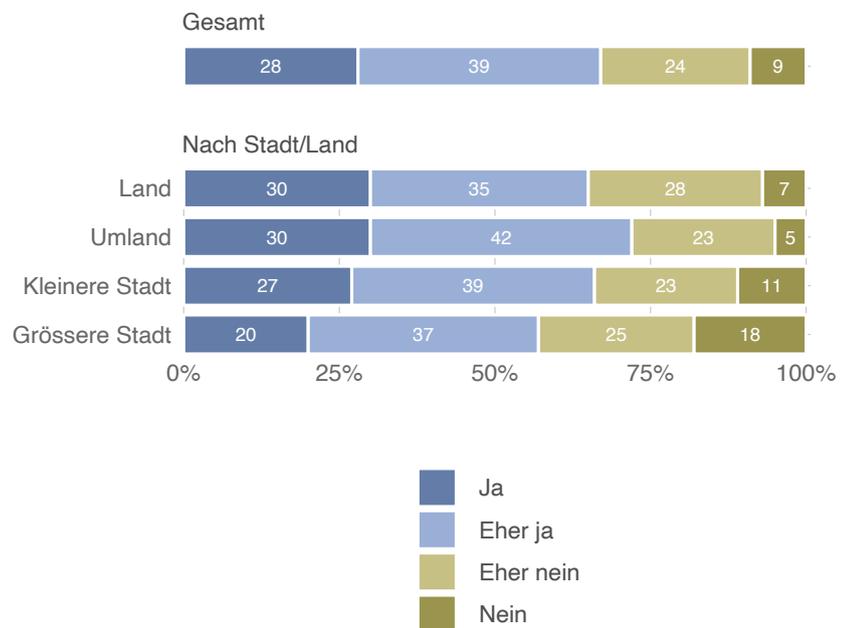


Während die Hälfte der Teilnehmenden nach der städtischen Vertretung im Bundesrat gefragt wurde, wurden die anderen gefragt, ob die Interessen der Städte durch den neu zusammengesetzten Bundesrat ausreichend vertreten werden. Die beiden Fragen wurden getrennt gestellt, damit sich die Antworten nicht

gegenseitig beeinflussen. Obwohl die grösseren Städte im neuen Bundesrat nicht mehr vertreten sind, ist eine grosse Mehrheit der Befragten, nämlich 67 Prozent, der Ansicht, dass die Interessen der Städte im aktuellen Bundesrat ausreichend vertreten seien. Entgegen der medialen Berichterstattung im Nachgang der Bundesratswahlen sieht die Bevölkerung hier also kein Defizit. Selbst unter den Personen, die in einer grossen Stadt leben, sehen 57 Prozent die Interessen der grossen Städte ausreichend vertreten.

Vertretung der Interessen der Städte im Bundesrat (Abb. 20)

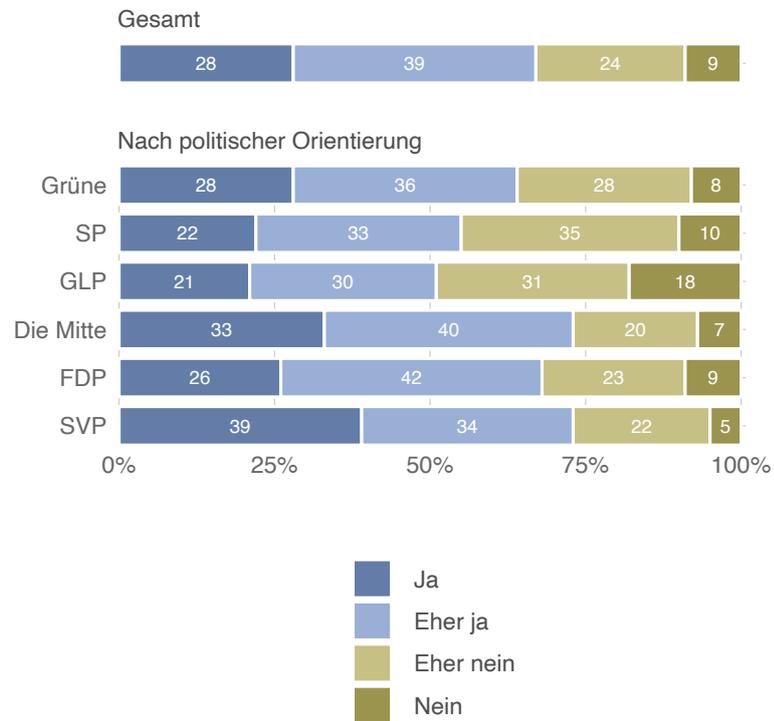
«Sind Sie der Meinung, dass die Interessen der Städte durch den neu zusammengesetzten Bundesrat ausreichend vertreten werden?»



Dies zeigt, dass eine Mehrheit der städtischen Bevölkerung ihre Interessensvertretung nicht an der Herkunft bzw. am Wohnort der Bundesratsmitglieder festmacht. Der Wunsch nach einer grossstädtischen Vertretung im Bundesrat ist somit eher Ausdruck eines prinzipiellen Anliegen einer ausgewogenen Zusammensetzung der Landesregierung. Geht es konkret um die Interessensvertretung, sieht es die Bevölkerung viel entspannter.

### Vertretung der Interessen der Städte im Bundesrat (Abb. 21)

«Sind Sie der Meinung, dass die Interessen der Städte durch den neu zusammengesetzten Bundesrat ausreichend vertreten werden?»



## Auch die städtische Bevölkerung sieht ihre Interessen im Bundesrat vertreten.

Die Frage, ob die Interessen der Städte im Bundesrat ausreichend vertreten werden, bringt keinen klassischen Links-rechts-Gegensatz zum Ausdruck. So verneinen dies zwar etwas mehr Anhängerinnen und Anhänger der SP, jedoch weniger Grüne. Am wenigsten sind die Wählenden der GLP der Ansicht, dass die Interessen der Städte im Bundesrat genügend vertreten sind. Die Fraktion der GLP hatte sich bei den Bundesratswahlen als einzige klar für die Grossstädterin Eva Herzog ausgesprochen.

# Selbstversorgung und Bodennutzung

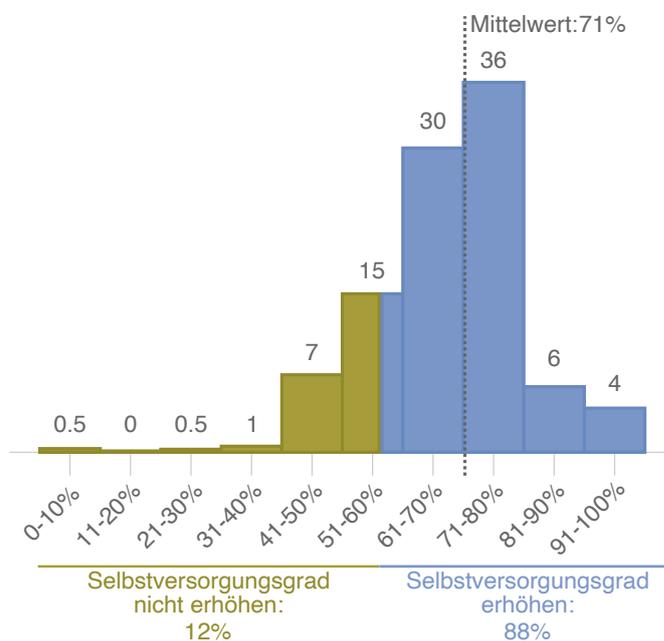
Der Boden in der Schweiz ist ein knappes Gut. Bevölkerungswachstum und steigender Platzbedarf erhöhen den Druck auf das landwirtschaftlich genutzte Kulturland. Zugleich möchte die Bevölkerung den Selbstversorgungsgrad mit Nahrungsmitteln erhöhen. Die Spannungsfelder und Lösungsansätze, die sich daraus ergeben, sind Thema des ersten Schwerpunktkapitels des fenaco Stadt-Land-Monitors 2023.

## 4.1. WUNSCH NACH HOHEM SELBSTVERSORGUNGSGRAD

Der Selbstversorgungsgrad mit Nahrungsmitteln (brutto) liegt in der Schweiz aktuell bei rund 57 Prozent. Eine überwiegende Mehrheit der Befragten (88 %) möchte den Anteil der im Inland produzierten Nahrungsmittel erhöhen, und zwar im Durchschnitt auf 71 Prozent. Nur gerade 12 Prozent der Befragten finden den aktuellen Selbstversorgungsgrad angemessen oder möchten ihn senken. Abbildung 22 zeigt die Verteilung des gewünschten Selbstversorgungsgrads zwischen 0 und 100 Prozent.

### Aktueller und gewünschter Selbstversorgungsgrad bei Lebensmitteln (Abb. 22)

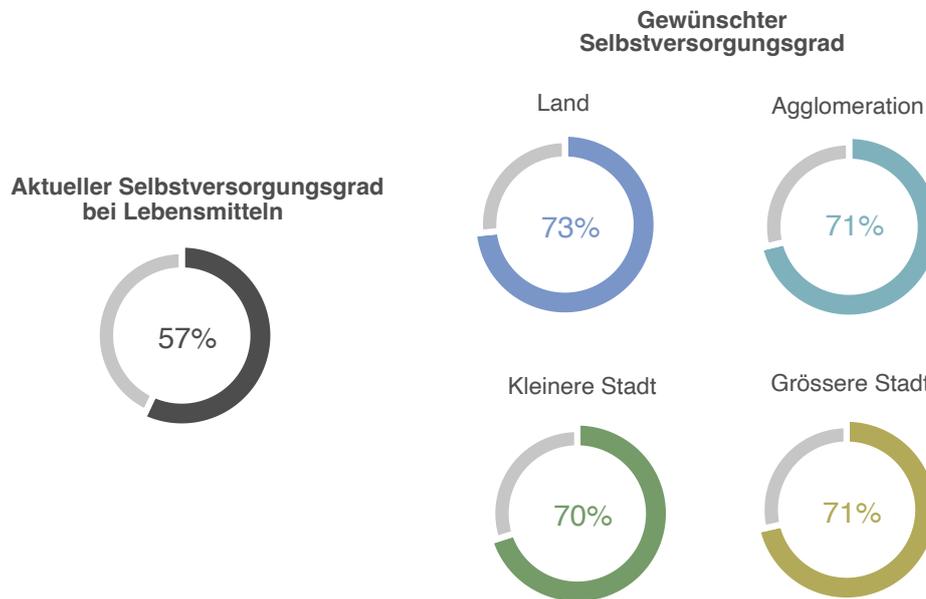
«Aktuell liegt der Selbstversorgungsgrad bei Nahrungsmitteln bei 57 Prozent. Wie hoch sollte der Selbstversorgungsgrad Ihrer Meinung nach sein?»



Der Wunsch nach einem höheren Selbstversorgungsgrad unterscheidet sich nur minimal zwischen Stadt und Land. Personen, die im ländlichen Raum leben, wünschen sich einen Selbstversorgungsgrad von 73 Prozent und liegen damit leicht über dem Durchschnitt. Die Bewohnerinnen und Bewohner der grösseren Städte sind mit einem Wunsch-Selbstversorgungsgrad von 71 Prozent genau im Schweizer Schnitt.

### Aktueller und gewünschter Selbstversorgungsgrad bei Lebensmitteln – nach Raumtyp (Abb. 23)

«Aktuell liegt der Selbstversorgungsgrad bei Nahrungsmitteln bei 57 Prozent. Wie hoch sollte der Selbstversorgungsgrad Ihrer Meinung nach sein?»



## Der Wunsch nach mehr Selbstversorgung unterscheidet sich kaum zwischen Stadt und Land.

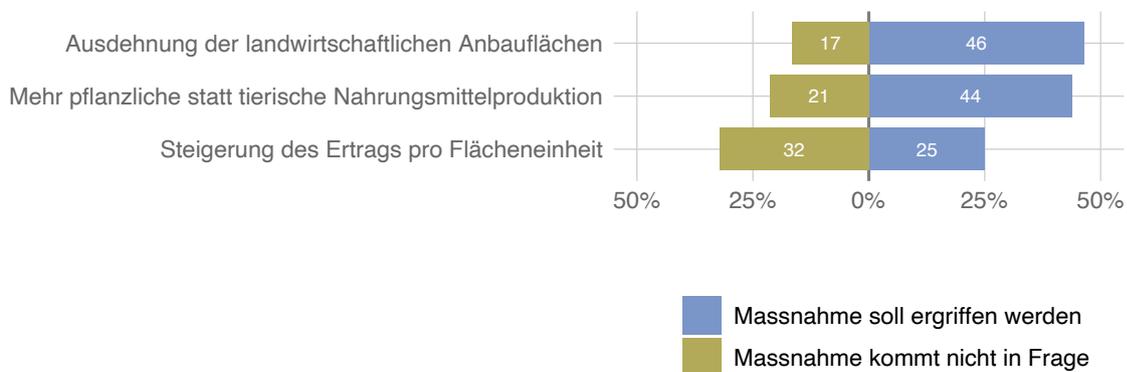
Die Erhöhung des Selbstversorgungsgrads ist ein Anliegen, das im gesamten politischen Spektrum geteilt wird. Die durchschnittliche Zielgrösse der Selbstversorgung unterscheidet sich nur minimal zwischen den Parteilängerschaften.

Um den Selbstversorgungsgrad zu erhöhen, wurden in der Befragung drei Ansätze vorgeschlagen: Die Anbaufläche wird ausgedehnt, die bestehende Fläche wird ertragreicher bewirtschaftet oder der Anteil der pflanzlichen Nahrungsmittel wird im Vergleich zu den tierischen erhöht. Obwohl die meisten

Befragten eine deutliche Erhöhung des Selbstversorgungsgrads verlangen, sind sie eher zurückhaltend, wenn es darum geht, Massnahmen dafür zu ergreifen. Keiner der drei genannten Ansätze wird von einer Mehrheit aktiv unterstützt. Am meisten Rückhalt hat der Ansatz, die Landwirtschaftsflächen auszuweiten. Dies verlangen 46 Prozent der Befragten, und nur 17 Prozent schliessen es grundsätzlich aus. In einem Land, das bereits heute von Nutzungskonflikten geprägt ist und einen grossen Siedlungsdruck verspürt, lässt sich dies allerdings leichter fordern als umsetzen.

#### Akzeptanz der Methoden zur Erhöhung des Selbstversorgungsgrads (Abb. 24)

«Wie soll der Selbstversorgungsgrad der Schweiz bei den Nahrungsmitteln erhöht werden?», «Was davon kommt für Sie gar nicht in Frage?»



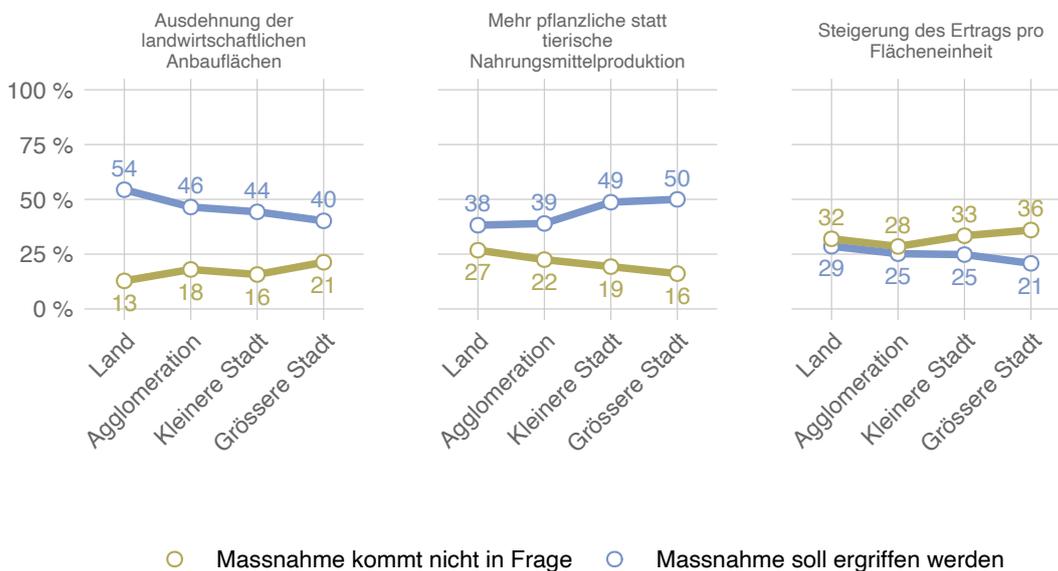
## Nur 25 Prozent der Befragten wollen eine intensivere Nahrungsmittelproduktion in der Schweiz.

44 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass in der Schweiz mehr pflanzliche statt tierische Nahrungsmittel produziert werden sollen, 21 Prozent sind klar dagegen. Dem Anliegen entgegen steht jedoch, dass der Fleischkonsum in der Schweiz in den

letzten Jahren konstant geblieben ist und nicht in dem Masse sinkt, als dass sich der Selbstversorgungsgrad auf diese Weise leicht erhöhen liesse. Klar am meisten Gegenwind hat der Ansatz, die Produktivität pro Flächeneinheit zu erhöhen. Nur ein Viertel der Schweizerinnen und Schweizer wollen das. 32 Prozent sind strikte dagegen. Angesichts der Platzverhältnisse in der Schweiz ist die Steigerung des Flächenertrags die realistischste Möglichkeit, den Selbstversorgungsgrad in der Schweiz zu steigern. Sie ist zugleich die am wenigsten populäre.

**Akzeptanz der Methoden zur Erhöhung des Selbstversorgungsgrads – nach Raumtyp (Abb. 25)**

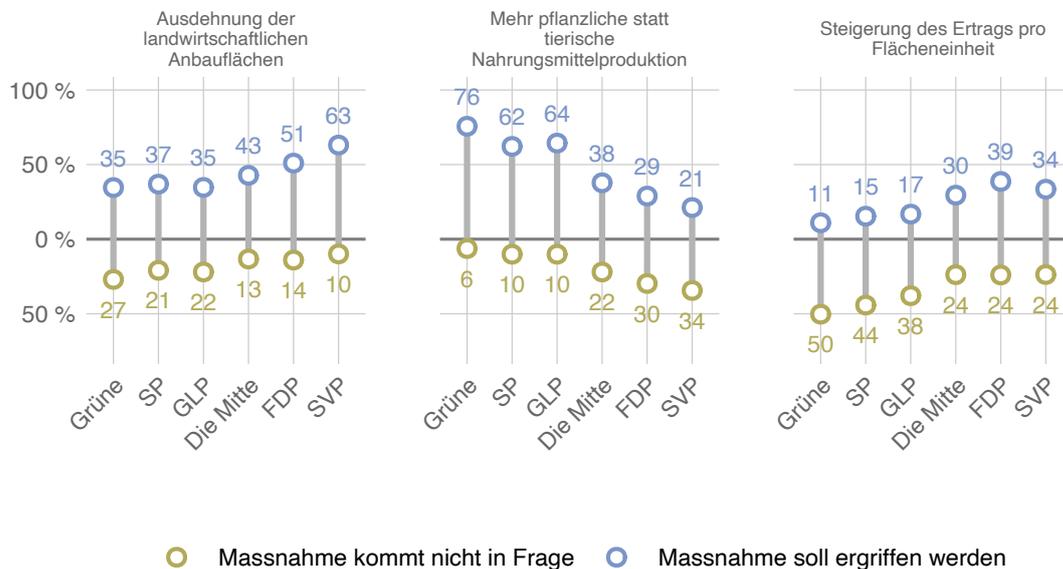
«Wie soll der Selbstversorgungsgrad der Schweiz bei den Nahrungsmitteln erhöht werden?», «Was davon kommt für Sie gar nicht in Frage?»



Wie oben gezeigt, wird die Erhöhung des Selbstversorgungsgrads mit Nahrungsmitteln unabhängig von Stadt und Land oder Parteiorientierung gewünscht. Geht es um konkrete Ansätze, dies zu erreichen, zeigen sich dagegen markante Unterschiede. So wird eine Ausdehnung der Landwirtschaftsfläche insbesondere im ländlichen Raum gefordert. Die vermehrte Umstellung auf pflanzliche Nahrungsmittel ist dagegen im urbanen Raum populär. Generell auf wenig Sympathie stösst das Anliegen, den Ertrag pro Flächeneinheit zu steigern. Besonders skeptisch wird dies jedoch von den Befragten aus grösseren Städten gesehen.

## Akzeptanz der Methoden zur Erhöhung des Selbstversorgungsgrads – nach Parteipräferenz (Abb. 26)

«Wie soll der Selbstversorgungsgrad der Schweiz bei den Nahrungsmitteln erhöht werden?», «Was davon kommt für Sie gar nicht in Frage?»



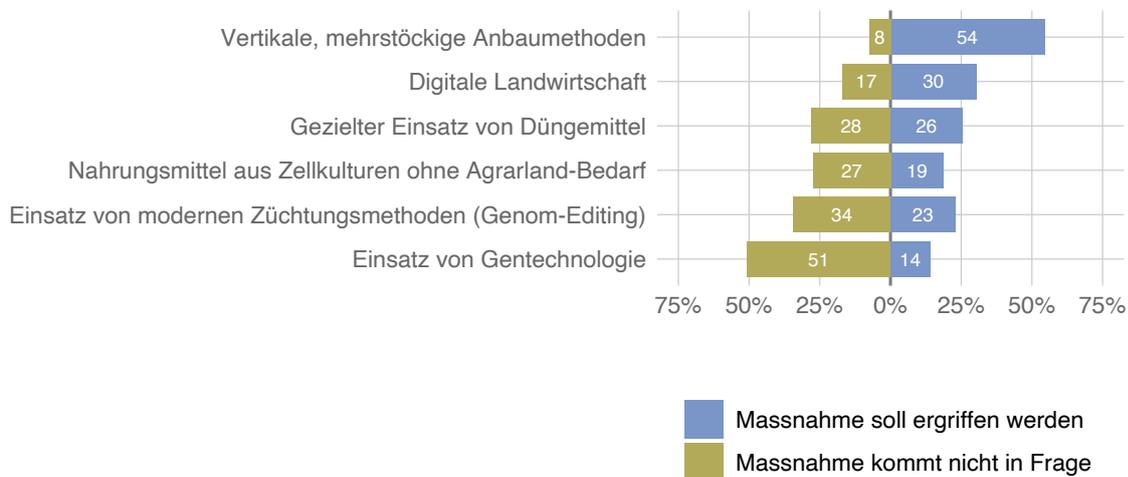
Die Ansätze zur Erhöhung des Selbstversorgungsgrads werden links und rechts sehr unterschiedlich beurteilt. Im links-grünen Spektrum sind die Vorbehalte gegenüber einer Ausdehnung der Landwirtschaftsflächen grösser als im bürgerlichen. Dies gilt ebenso für die Steigerung des Ertrags pro Flächeneinheit. Während jedoch die Basis der SVP besonders die Flächenausdehnung sehr positiv beurteilt, hat die Ertragssteigerung bei der Basis der FDP am meisten Rückhalt. Der vermehrte Anbau von pflanzlichen Nahrungsmitteln wird dagegen eher auf der bürgerlichen Seite skeptisch gesehen. Die Position des linken Spektrums wird jeweils von der Basis der Grünen besonders deutlich vertreten, gefolgt von der SP und der GLP. Letztere positioniert sich im Nahrungsmittelbereich sehr ähnlich wie die SP.

## 4.2. INNOVATIVE ANSÄTZE ZUR ERTRAGSSTEIGERUNG

Die Steigerung des landwirtschaftlichen Ertrags pro Flächeneinheit wird von der Schweizer Bevölkerung insgesamt zurückhaltend beurteilt. Diese Zurückhaltung zeigt sich auch bei möglichen konkreten Methoden. Nur eine der vorgeschlagenen Methoden wird aktiv von einer Mehrheit der Befragten befürwortet. 54 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer möchten, dass der landwirtschaftliche Ertrag durch den Einsatz von vertikalen, mehrstöckigen Anbaumethoden gesteigert wird. Nur 8 Prozent der Befragten schliessen diesen Ansatz grundsätzlich aus. Die vertikale Landwirtschaft bzw. das Vertical Farming scheint aus Sicht der Bevölkerung der Königsweg zu sein, um die Produktivität der inländischen Landwirtschaft zu steigern.

### Akzeptanz der Methoden zur Ertragssteigerung in der Landwirtschaft (Abb. 27)

«Wie soll der Ertrag der Landwirtschaft pro Flächeneinheit gesteigert werden?»  
 «Welche Methoden für eine weitere Ertragssteigerung sollten grundsätzlich ausgeschlossen werden?»

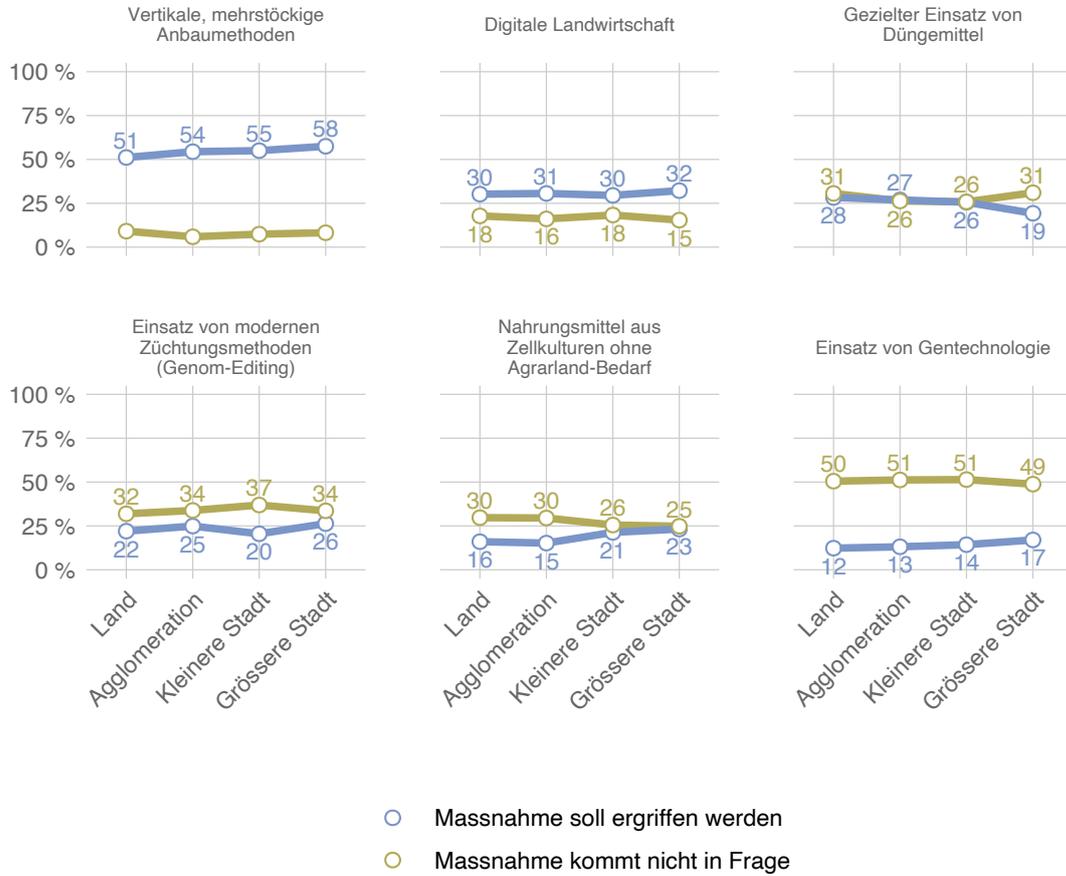


# Lediglich 34 Prozent der Befragten lehnen Genom-Editing grundsätzlich ab.

Andere Methoden werden nur von Minderheiten aktiv gefordert. So finden nur 30 Prozent, dass digitale Methoden eingesetzt werden sollen, um die Erträge zu steigern. Dies obwohl in der Landwirtschaft längst eine digitale Revolution stattfindet. Es sind allerdings auch nur 17 Prozent, die sich grundsätzlich gegen einen Digitalisierungsschub in der Landwirtschaft stellen. Damit bleiben 53 Prozent, welche sich nicht positionieren. Diese Haltung bringt eine verbreitete Ambivalenz zum Ausdruck. Mit Ausnahme der vertikalen Landwirtschaft ist keine Methode populär, die meisten Methoden stossen jedoch auch nicht auf grundsätzliche Ablehnung. Das gilt für Nahrungsmittel aus Zellkulturen und es gilt auch für Züchtungsmethoden mit Genom-Editing. Beim Genom-Editing wird das Erbgut von Pflanzen und Tieren gezielt verändert und optimiert. Nur 34 Prozent der Befragten lehnen Genom-Editing grundsätzlich ab. Es sind allerdings auch nur 23 Prozent, welche diesen Ansatz gezielt fördern wollen. Die klassische Gentechnologie, bei der auch artfremde Gene übertragen werden, wird von einer Mehrheit (51 %) grundsätzlich abgelehnt. Nur gerade 14 Prozent sehen darin einen Weg, den es unbedingt zu verfolgen gilt.

**Akzeptanz der Methoden zur Ertragssteigerung in der Landwirtschaft – nach Raumtyp (Abb. 28)**

«Wie soll der Ertrag der Landwirtschaft pro Flächeneinheit gesteigert werden?»  
 «Welche Methoden für eine weitere Ertragssteigerung sollten grundsätzlich ausgeschlossen werden?»

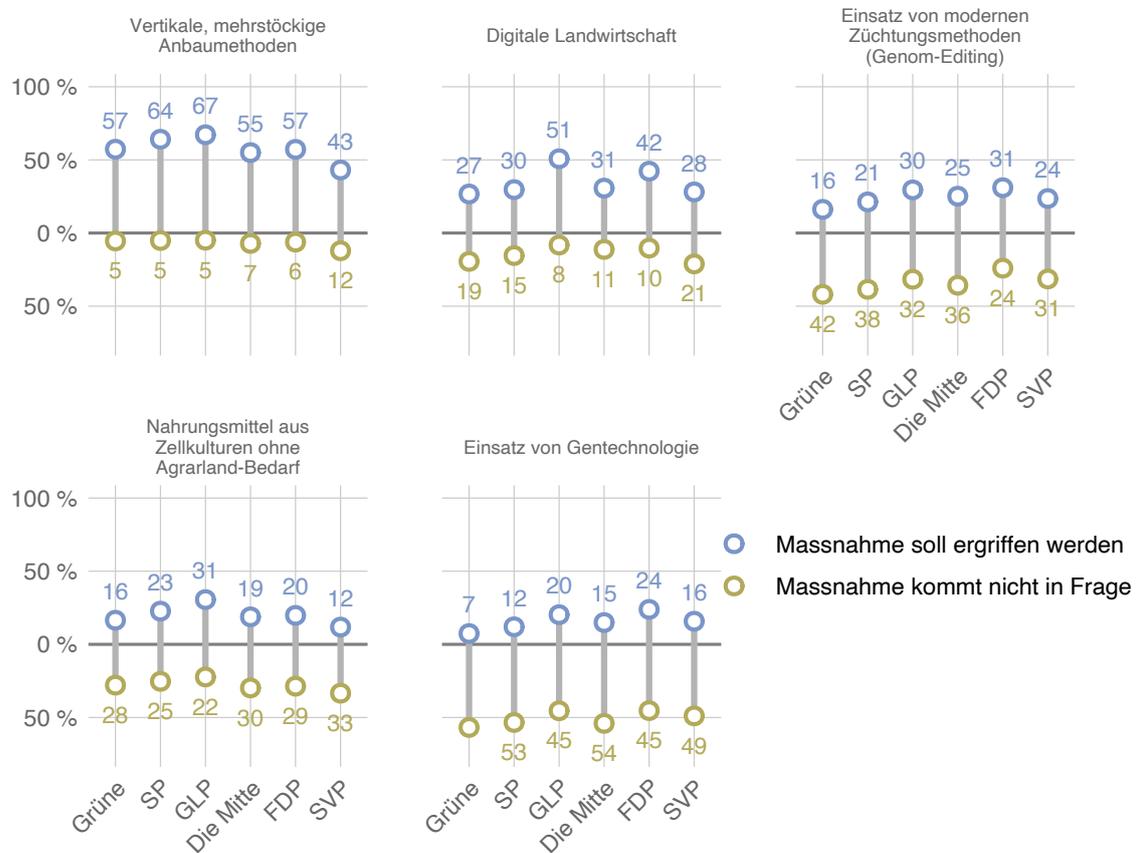


Die Einschätzungen der Methoden zur Ertragssteigerung unterscheiden sich nicht grundlegend zwischen Stadt und Land. Nahrungsmittel aus Zellkulturen werden ausserhalb der urbanen Zentren etwas kritischer gesehen. In den grossen Städten ist die Bevölkerung dafür etwas skeptischer gegenüber einem gezielten Einsatz von Düngemitteln zur Ertragssteigerung.

## Akzeptanz Methoden zur Ertragssteigerung in der Landwirtschaft – nach politischer Orientierung (Abb. 29)

«Wie soll der Ertrag der Landwirtschaft pro Flächeneinheit gesteigert werden?»

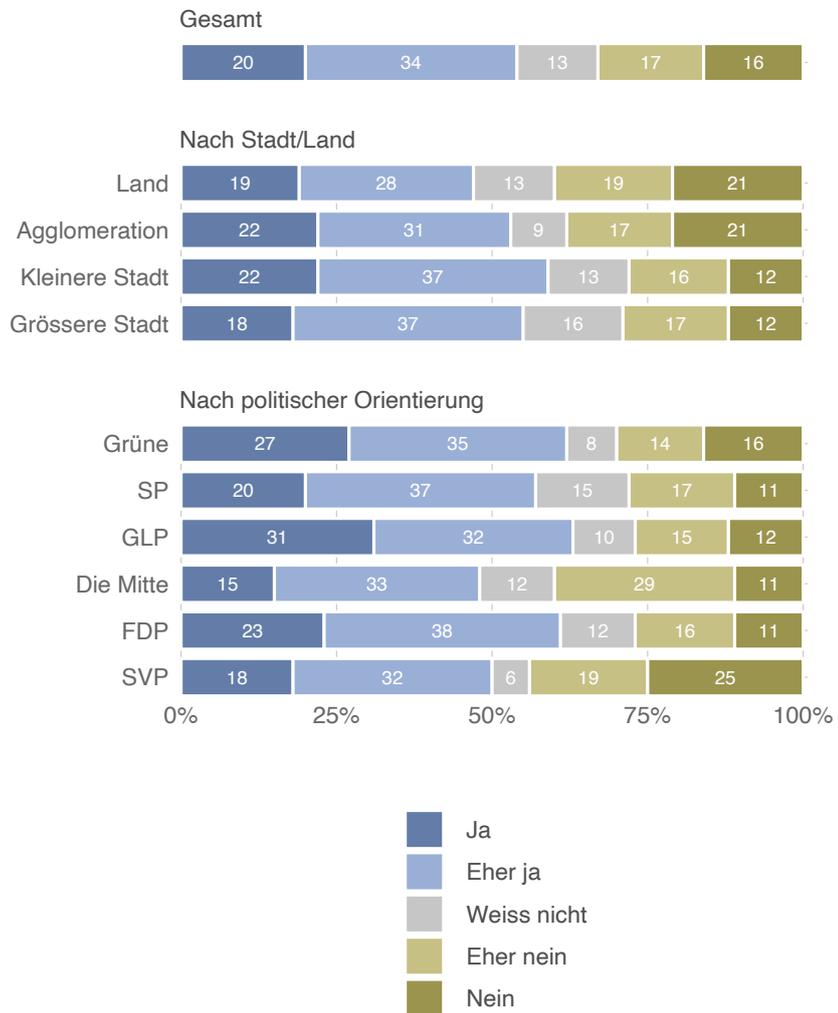
«Welche Methoden für eine weitere Ertragssteigerung sollten grundsätzlich ausgeschlossen werden?»



Auch im politischen Spektrum zeigen sich keine grundlegenden Einschätzungsunterschiede. So ist die Skepsis gegen die klassische Gentechnologie bei den Anhängerschaften aller Parteien gross und die vertikale Landwirtschaft ist fast im ganzen Spektrum populär. Einzig bei der Anhängerschaft der SVP zeigt sich hier etwas mehr Zurückhaltung. Die GLP-Basis ist besonders offen für neue und innovative Ansätze. Beim Genom-Editing und bei der Gentechnologie ist die FDP-Basis etwas aufgeschlossener.

**Neue Anbaumethoden auch in der Landwirtschaftszone (Abb. 30)**

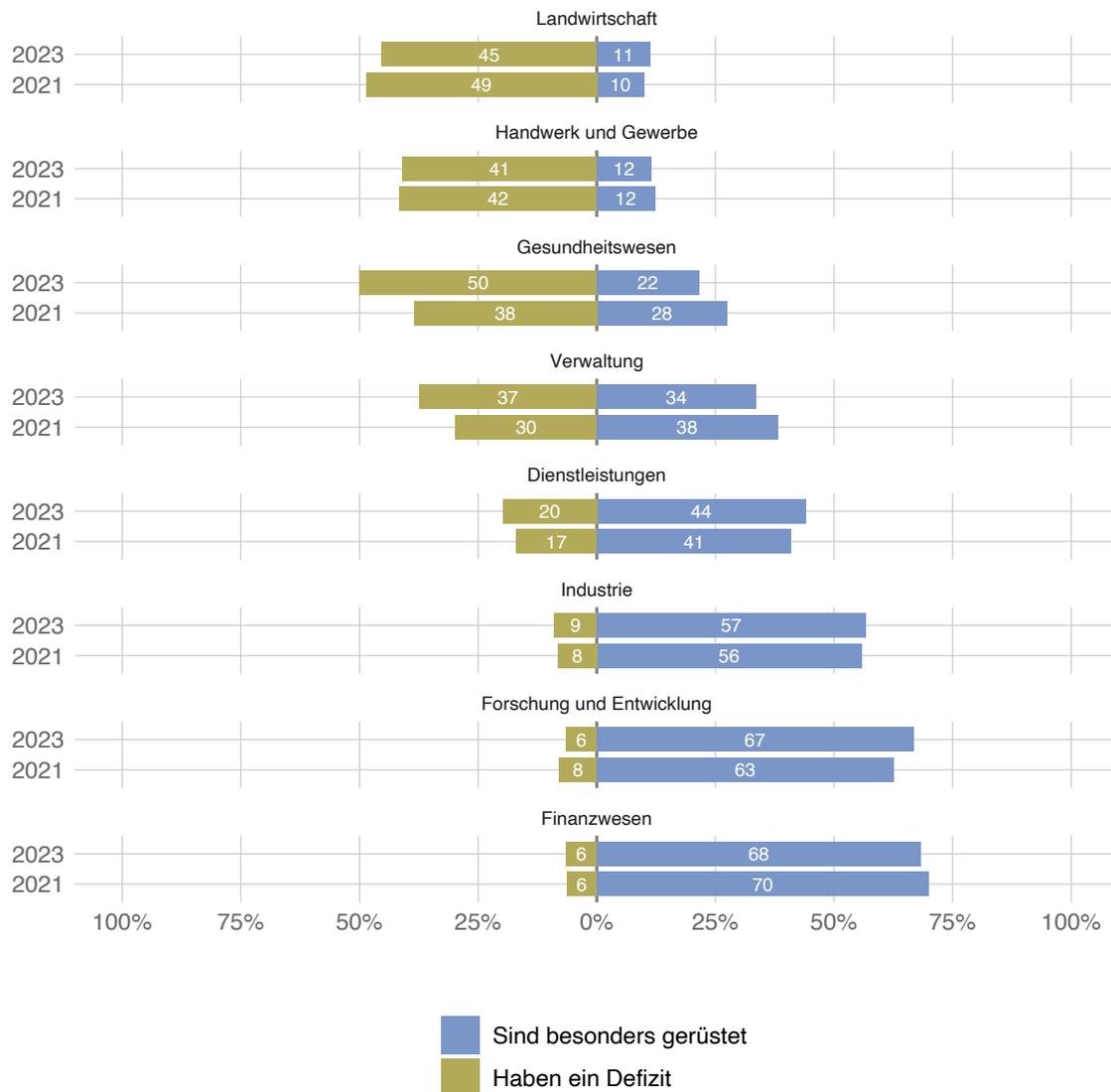
«Aktuell sind neue Anbaumethoden (Vertical Farming, Zellkulturen für Laborfleisch) praktisch nur in der Gewerbezone umsetzbar. Soll dies auch in der Landwirtschaftszone möglich sein?»



Neue Anbaumethoden wie vertikale Landwirtschaft oder Nahrungsmittel aus Zellkulturen sind heute nur in Gewerbe- nicht jedoch in Landwirtschaftszonen möglich. Eine Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer befürwortet eine Gesetzesänderung zur Öffnung der Landwirtschaftszonen für innovative Methoden der Nahrungsmittelproduktion. 54 Prozent sagen Ja oder eher Ja. 33 Prozent sind dem Vorschlag gegenüber ablehnend eingestellt.

### Wer gerüstet ist und wer nicht (Abb. 31)

«Welche der folgenden Sektoren sind in der Schweiz besonders gut gerüstet für den digitalen Wandel? ... und wo sehen Sie Defizite beim Umgang mit dem digitalen Wandel?»



Wie oben gezeigt, sprechen sich zwar nur 17 Prozent explizit gegen einen Digitalisierungsschub in der Landwirtschaft aus, aber es sind auch nur 30 Prozent, die darin die Zukunft sehen und die Digitalisierung aktiv fordern. Dies, obwohl digitale Mittel zur Überwachung und Steuerung von Saatgut, Düngemitteln oder Bewässerung direkt zu einem schonenderen und effizienteren Mitteleinsatz führen können. Ein Erklärungsansatz für diese Zurückhaltung bzw. für dieses Desinteresse ist die aktuelle Wahrnehmung der Landwirtschaft als nicht digitalisierungsaffin. Nur

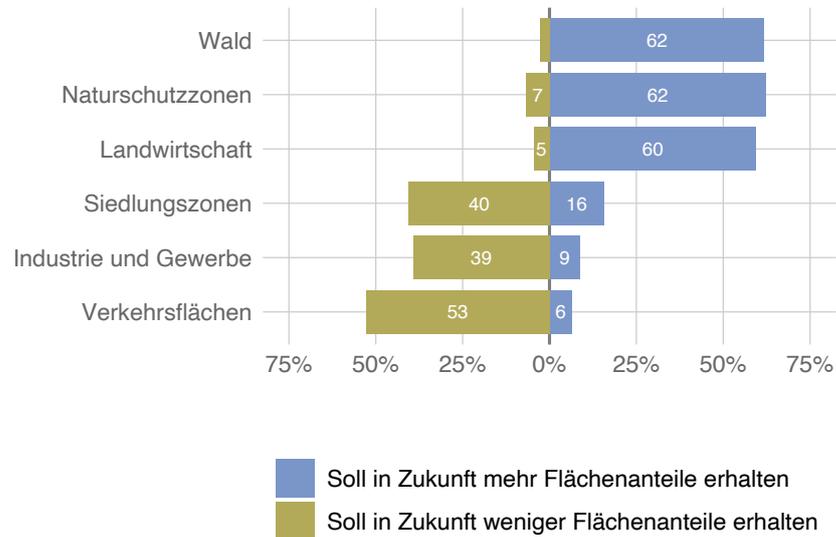
11 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass die Landwirtschaft besonders gut gerüstet ist für den digitalen Wandel. 45 Prozent sehen bei der Landwirtschaft Defizite in Bezug auf die Digitalisierung (vgl. Abb. 31). Im Vergleich zur Befragung von 2021 kommt hier zwar eine leicht verbesserte Einschätzung zum Ausdruck. Auffällig bleibt jedoch weiterhin, dass die Schweizer Landwirtschaft nicht als Ort der digitalen Innovation angesehen wird.

### 4.3. KONFLIKTE UM BODENNUTZUNG

Der populärste Ansatz zur Erhöhung des landwirtschaftlichen Selbstversorgungsgrads ist die Ausdehnung der Landwirtschaftsflächen. Dies ist jedoch nur möglich, wenn andere Arten der Bodennutzung reduziert werden. Geht es nach der Bevölkerung, ist klar, auf wessen Kosten eine Ausdehnung der Landwirtschaftsfläche nicht gehen soll: Jeweils 62 Prozent sind der Ansicht, dass Wald und Naturschutzzonen in der Schweiz mehr und nicht weniger Platz erhalten sollen. Fast ebenso viele sprechen sich für eine Ausdehnung der Landwirtschaftsflächen aus (60 %). Reduziert werden soll aus Sicht der Befragten dagegen die bebaute Umwelt. 53 Prozent wünschen sich weniger Verkehrsflächen, 40 Prozent weniger Siedlungszonen und 39 Prozent weniger Industrie- und Gewerbeareale. Die Bevölkerung hätte gerne mehr Grün und weniger Grau. Wobei sich deutliche Mehrheiten nur für mehr Grün, aber nicht für weniger Grau aussprechen. In Anbetracht der Bevölkerungsentwicklung und des zumindest nicht sinkenden Platzbedarfs pro Kopf, ist eine Reduktion der verbauten Flächen in der Schweiz kein leichtes Ziel. In einer Befragung können jedoch Wünsche geäußert werden, ohne dass sich die Befragten um deren Realisierung kümmern müssen.

### Präferenz zukünftige Bodennutzung in der Schweiz (Abb. 32)

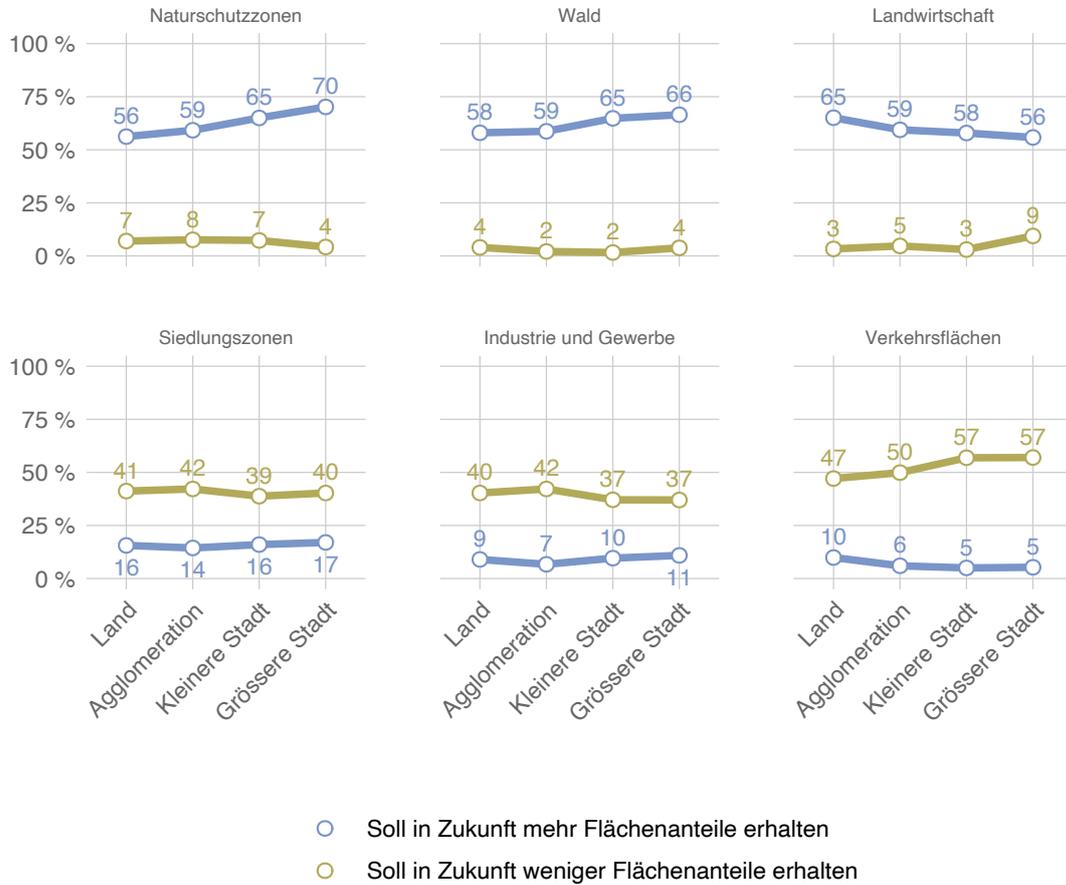
«Boden ist in der wachsenden Schweiz ein knappes Gut. Welche Bodennutzung soll in Zukunft mehr Flächenanteile erhalten?»  
 «Welche Bodennutzung soll in Zukunft weniger Fläche erhalten?»



Die Präferenzen in Bezug auf die Entwicklung der Bodennutzung unterscheiden sich nicht grundlegend zwischen Stadt und Land. Dennoch gibt es unterschiedliche Tendenzen. Personen, die in einem urbanen Umfeld leben, wünschen sich besonders oft mehr Naturschutzflächen. Sie sprechen sich stärker als die anderen für mehr Wald und weniger Verkehrsflächen aus. Die Ausdehnung der Landwirtschaftsflächen wird besonders oft von Menschen aus dem ländlichen Raum gewünscht.

Präferenz zukünftige Bodennutzung in der Schweiz – nach Raumtyp (Abb. 33)

«Boden ist in der wachsenden Schweiz ein knappes Gut. Welche Bodennutzung soll in Zukunft mehr Flächenanteile erhalten?»  
 «Welche Bodennutzung soll in Zukunft weniger Fläche erhalten?»



Die Sehnsucht nach weniger Grau zeigt sich auch bei der locker gestellten Frage: Wovon gibt es zu viel in der Schweiz? Am meisten genannt wird neben Autos der Beton. Andere Themen, die im Verhältnis von Stadt und Land oft diskutiert werden, scheinen die Befragten weniger zu reizen. So nennen nur 17 Prozent die Wölfe und 18 Prozent verweisen auf Gülle.

Wovon es in der Schweiz zu viel gibt (Abb. 34)

«Wovon hat es Ihrer Meinung nach zu viel in der Schweiz?»

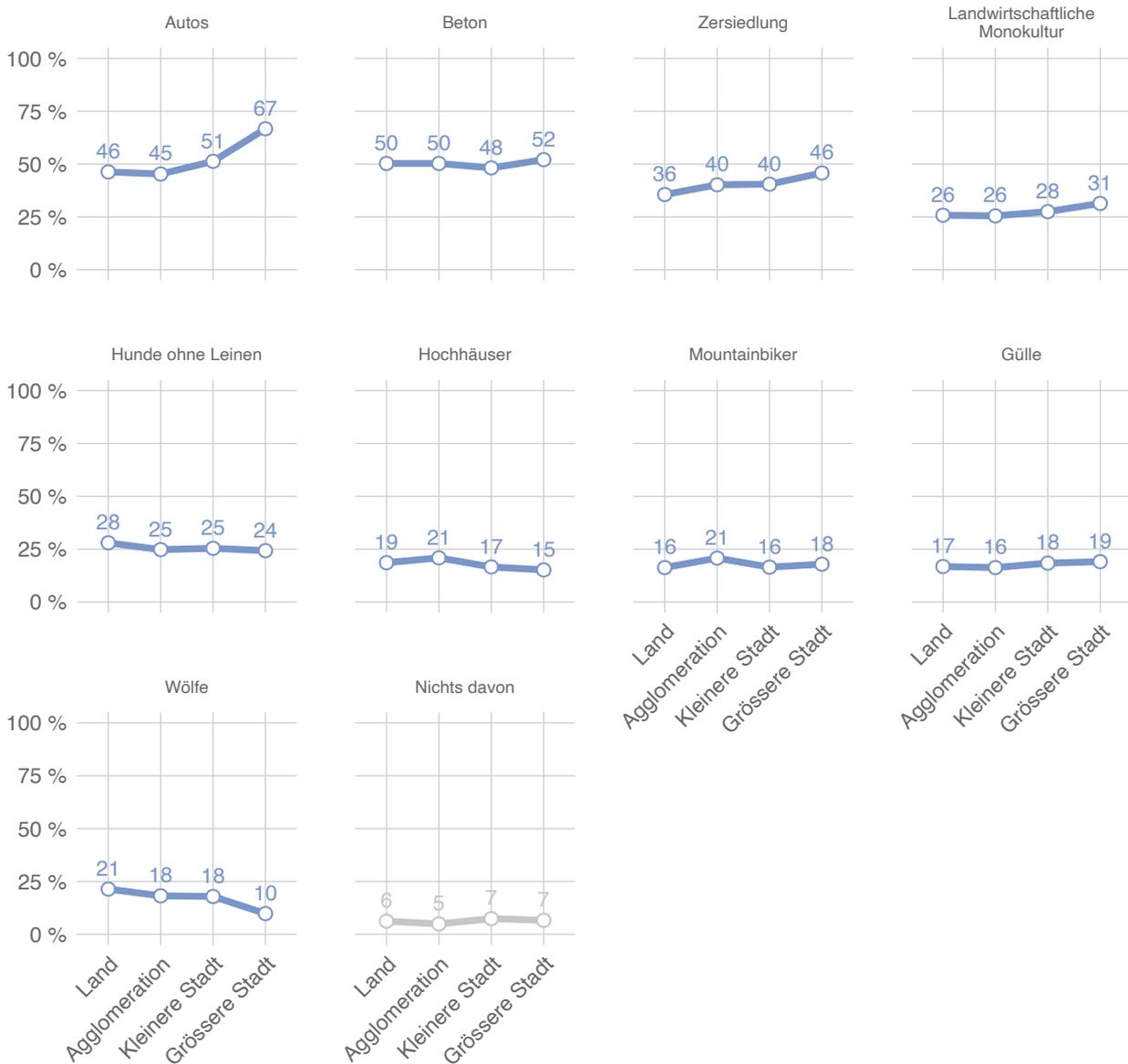


---

Auffällig ist dabei, dass das Übermass an Beton in allen Siedlungsräumen gleichermassen moniert wird. Im Unterschied dazu wird die Zersiedlung und insbesondere die Zahl der Autos häufiger im urbanen Raum beklagt. Überhaupt ist das Auto – noch stärker als der Wolf – Gegenstand unterschiedlicher Beurteilungen zwischen Stadt und Land.

Wovon es in der Schweiz zu viel gibt – nach Raumtyp (Abb. 35)

«Wovon hat es Ihrer Meinung nach zu viel in der Schweiz?»



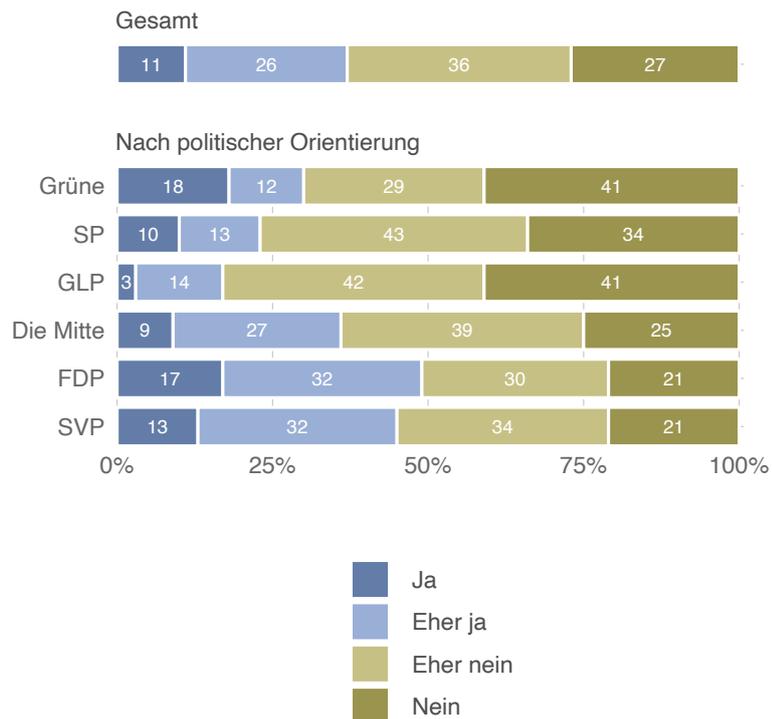
4.4. UMNUTZUNGEN «JA» – NEUE BAUZONEN «NEIN»

Die Bevölkerung der Schweiz wünscht sich in der Tendenz mehr Grünflächen und weniger Siedlungsgrau. Es ist deshalb konsequent, dass 63 Prozent der Befragten dagegen sind, dass es in der Schweiz in Zukunft wieder einfacher werden soll, neues Bau-

land zu erschliessen bzw. einzuzonen. Die grösste Opposition gegen die Erleichterung von Einzonungen gibt es bei der Anhängerschaft der GLP, die grösste Unterstützung findet sich bei der FDP. Doch auch hier ist es nur knapp die Hälfte, die Bauland erleichtert einzuzonen möchte.

#### Akzeptanz einer vereinfachten Erschliessung von Bauland – nach Parteipräferenz (Abb. 36)

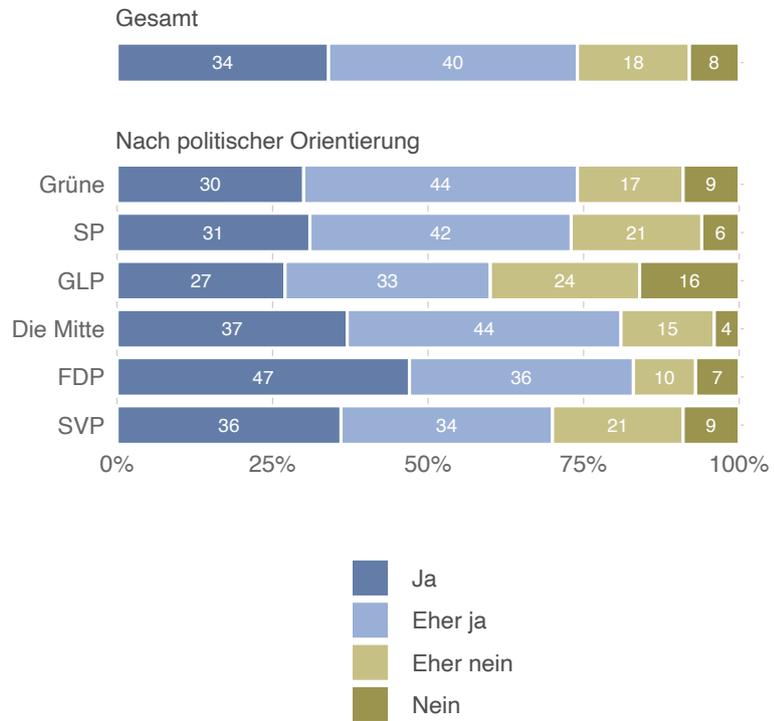
«Soll es in der Schweiz in Zukunft wieder einfacher werden, neues Bauland zu erschliessen bzw. einzuzonen?»



Geht es um neues Bauland, möchte eine Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer an der aktuellen Raumordnungspolitik festhalten. Eine Lockerung des Raumplanungsgesetzes wird jedoch unterstützt, wenn es um die Umnutzung von Gebäuden ausserhalb der Bauzonen geht. 74 Prozent der Befragten sagen zumindest «eher Ja» dazu, dass ehemalige landwirtschaftliche Gebäude (Maiensässe, Scheunen) ausserhalb der Bauzonen als Wohngebäude genutzt werden können. Es zeigt sich dabei ein weniger stark ausgeprägter Links-rechts-Gegensatz als bei der grundsätzlichen Haltung zur Lockerung von Einzonungen.

**Akzeptanz der Nutzung landwirtschaftlicher Gebäude zu Wohnzwecken – nach Parteipräferenz (Abb. 37)**

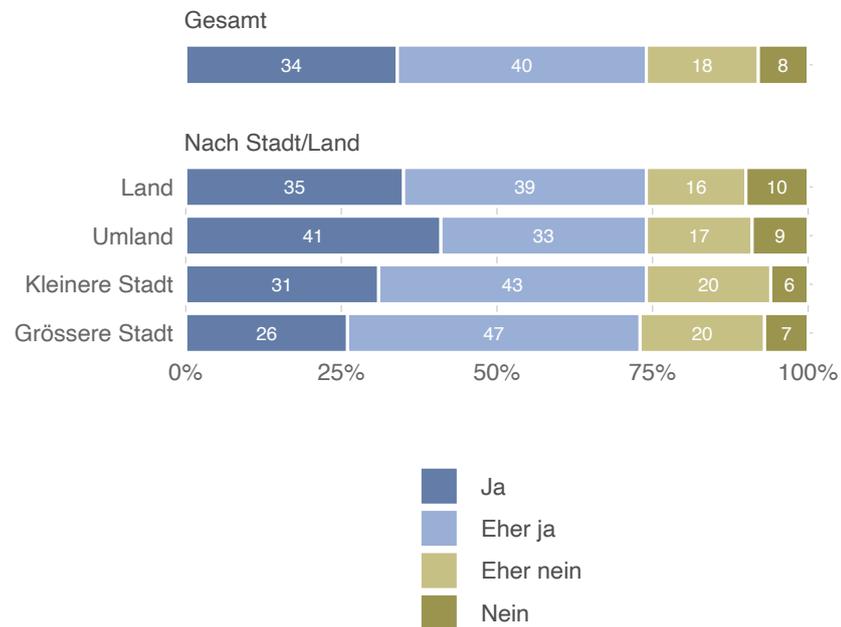
«Sollen ehemalige landwirtschaftliche Gebäude (Maiensässe, Scheunen) ausserhalb der Bauzonen als Wohngebäude genutzt werden können?»



Auch wenn die Umnutzung von ehemaligen Landwirtschaftsgebäuden ausserhalb der Bauzone ein Thema vor allem des ländlichen Raums ist, öffnet sich in dieser Frage kein eigentlicher Stadt-Land-Gegensatz. Die grundsätzliche Zustimmung liegt in allen Raumtypen bei 73 bis 74 Prozent. Allerdings gibt es im ländlichen Raum und in der Agglomeration deutlich mehr Personen, die klar Ja zu dieser Massnahme sagen als in den grossen Städten.

### Akzeptanz der Nutzung von landwirtschaftlichen Gebäuden zu Wohnzwecken – nach Raumtyp (Abb. 38)

«Sollen ehemalige landwirtschaftliche Gebäude (Maiensässe, Scheunen) ausserhalb der Bauzonen als Wohngebäude genutzt werden können?»



## 4.5. IDEALISIERUNG INLÄNDISCHER PRODUKTION

Die Befragung zeigt ein verbreitetes Bedürfnis nach einem höheren Selbstversorgungsgrad. Um besser zu verstehen, warum das so ist, haben wir ganz allgemein und zugleich direkt nach den Vorteilen von internationalem Handel im Vergleich zu den Vorteilen der Produktion im Inland gefragt. Vorangegangen ist die einleitende Bemerkung: «In der Schweiz gibt es eine Debatte über die richtige Balance zwischen internationalem Handel und inländischer Produktion.» Je sieben mögliche Vorteile des Aussenhandels bzw. des Imports wurden abgefragt. Keine einzige davon wird von einer Mehrheit positiv beurteilt. Von den sieben zur Auswahl gestellten Vorteilen der inländischen Produktion werden fünf von mindestens 60 Prozent der Befragten positiv beurteilt, zwei davon sogar von 70 Prozent oder mehr. Die Frage beschränkt sich dabei nicht auf landwirtschaftliche Güter.

### Import vs. inländische Produktion (Abb. 39)

«In der Schweiz gibt es eine Debatte über die richtige Balance zwischen internationalem Handel und inländischer Produktion.»

«Was sind für Sie wichtige Gründe für den Import von Gütern/Dienstleistungen?»

«Was sind für Sie wichtige Gründe für die Produktion im Inland?»

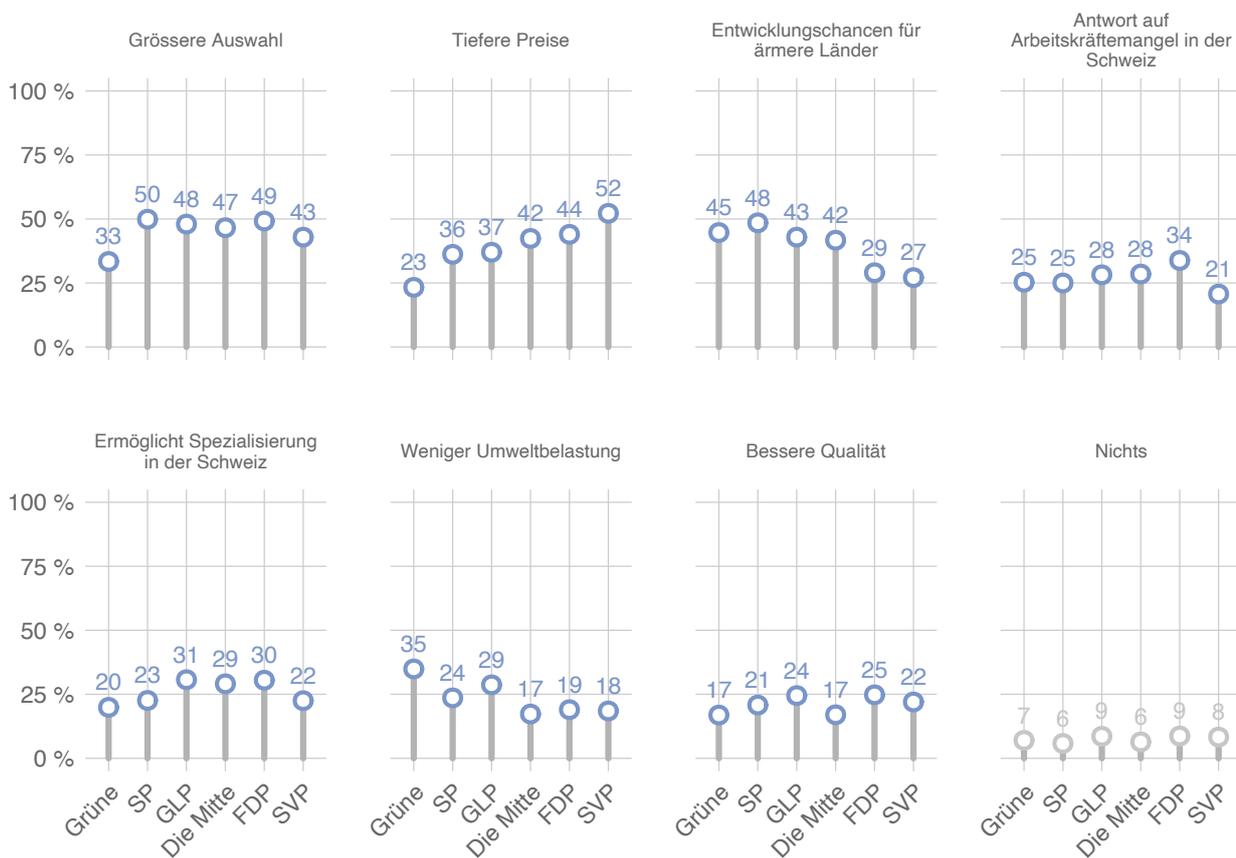


Wenig überraschend ist, dass «Versorgungssicherheit in Krisen» sowie «Unabhängigkeit» von der überwiegenden Mehrheit als Vorteile der inländischen Produktion gesehen werden. Am meisten Personen (78 %) geben jedoch an, dass sich so Arbeitsplätze erhalten und schaffen liessen. Während nur 24 Prozent angeben, dass der Import von Gütern/Dienstleistungen eine Spezialisierung in der Schweiz ermöglicht. Adams Smiths «Wohlstand der Nationen» scheint in den Köpfen der Schweizer Bevölkerung wenig verankert zu sein. Die Vorstellung, dass Handel mehr Wohlstand und damit auch mehr Arbeitsplätze schafft, ist aktiv kaum verankert. Sehr einseitig verteilt ist die Beurteilung der Qualität. 61 Prozent sagen, dass inländische Produktion zu besserer Qualität führt, nur 22 Prozent schreiben das dem Import zu. Dabei wird ausser Acht gelassen, dass in vielen Bereichen fast alle Qualitätsangebote importiert sind – vom Auto, über das Smartphone bis hin zur Südfrucht. Offenbar denken die meisten Befragten beim Vergleich Import vs. «Swiss Made» nur an Güter, die sich auch in der Schweiz kompetitiv produzieren

lassen. Diese systematische Wahrnehmungsverzerrung spielt beim Einkauf kaum eine Rolle, denn schliesslich werden in der Schweiz eifrig ausländische Qualitätsprodukte konsumiert. Wenn es um die Gesamtbeurteilung geht, werden in der Schweiz produzierte Güter jedoch idealisiert. Ähnlich asymmetrisch ist die Beurteilung der Umweltbelastung. 66 Prozent sind der Ansicht, dass die inländische Produktion zu weniger Umweltbelastung führen kann, nur 23 Prozent denken, dass auch der Import zu weniger Umweltbelastung führen kann. Dies, obwohl die (Land-)Transportkosten in der Regel nur einen kleinen Teil der Umweltbelastung ausmachen.

### Gründe für den Import – nach Parteipräferenz (Abb. 40)

«Was sind für Sie wichtige Gründe für den Import von Gütern/Dienstleistungen?»

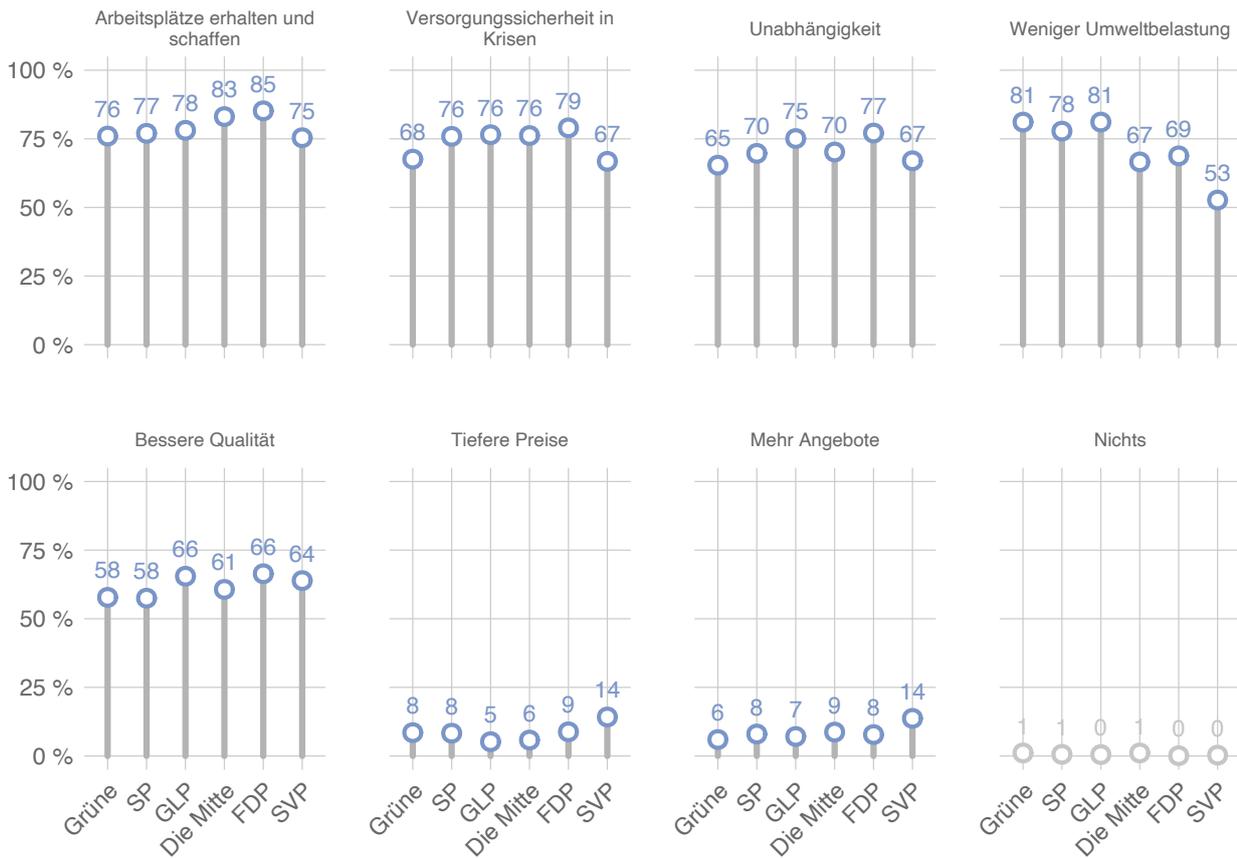


Eine Idealisierung der inländischen Produktion findet sich im gesamten Parteienspektrum. Die Begründung fällt jedoch teilweise unterschiedlich aus. Personen, die politisch in der rechten

Hälfte des Spektrums stehen, schätzen beim Import vermehrt die tieferen Preise. Personen, die links stehen, stellen die Entwicklungschancen für ärmere Länder stärker ins Zentrum. In Bezug auf die Qualität unterscheiden sich die Antworten dagegen kaum.

**Gründe für die Produktion im Inland – nach Parteipräferenz (Abb. 41)**

«Was sind für Sie wichtige Gründe für die Produktion im Inland?»



# Energie und Klima

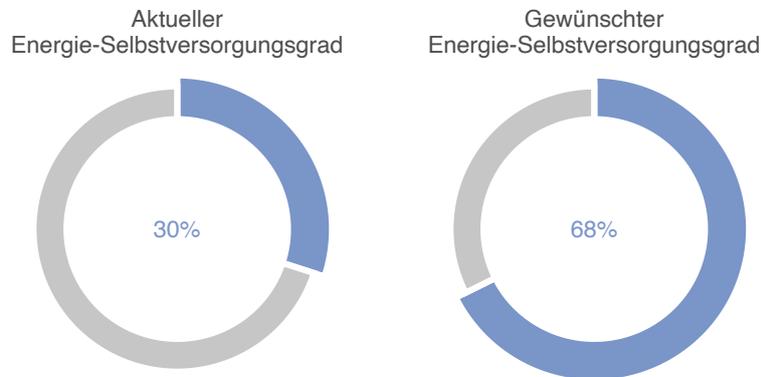
Der zweite thematische Schwerpunkt des fenaco Stadt-Land-Monitors 2023 widmet sich dem Themenbereich Energie und Klima. Zusätzlich zum Klimawandel hat der Krieg in der Ukraine hier eine neue Dringlichkeit geschaffen. Während die Haltung zur Selbstversorgung in Stadt und Land ähnlich ist, wird die Bedeutung des Klimawandels sehr unterschiedlich beurteilt.

## 5.1. ENERGIE-SELBSTVERSORGUNG

Der russische Angriff auf die Ukraine hat zu Versorgungsengpässen im Energiebereich geführt. Dies hat auch in der Schweiz eine neue Debatte über die Selbstversorgung angestossen. Das Thema der Energie-Selbstversorgung überlagert sich dabei mit jenem der Energiewende zur Bekämpfung des Klimawandels. Aktuell liegt der Energie-Selbstversorgungsgrad der Schweiz bei rund 30 Prozent. Dieser Wert bezieht sich auf den gesamten Energiebedarf (Strom, Treibstoff usw.). Die Bevölkerung wünscht sich eine massive Steigerung der Energie-Selbstversorgung auf 68 Prozent.

### Aktueller und gewünschter Selbstversorgungsgrad mit Energie (Abb. 42)

«Aktuell werden rund 30 Prozent des gesamten Energiebedarfs (Strom, Treibstoffe usw.) der Schweiz durch inländische Quellen gedeckt. Welcher Energie-Selbstversorgungsgrad sollte die Schweiz in zehn Jahren erreichen (unter Berücksichtigung von Kosten und Nutzen)?»



---

Das Bedürfnis, die Energieselbstversorgung markant zu steigern, besteht im gesamten politischen Spektrum. Etwas unter dem Durchschnitt sind die Werte bei Personen, die der Mitte-Partei (64 %) sowie der FDP (65 %) nahestehen. Deutlich über dem Schnitt ist der angestrebte Selbstversorgungsgrad bei den Grünen mit 73 Prozent. Leicht über dem Schnitt ist der Zielwert auch bei der Basis der SVP mit 69 Prozent.

### Aktueller und gewünschter Selbstversorgungsgrad mit Energie – nach Parteipräferenz (Abb. 43)

«Aktuell werden rund 30 Prozent des gesamten Energiebedarfs (Strom, Treibstoffe usw.) der Schweiz durch inländische Quellen gedeckt. Welcher Energie-Selbstversorgungsgrad sollte die Schweiz in zehn Jahren erreichen (unter Berücksichtigung von Kosten und Nutzen)?»



Geht es um die Methoden zur Steigerung des Energie-Selbstversorgungsgrads in den kommenden zehn Jahren, gibt es eine ganze Reihe von Ansätzen, die von einer Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer unterstützt werden. 85 Prozent sprechen sich für Solaranlagen an Gebäuden aus, immerhin 65 Prozent für Solaranlagen auch auf Freiflächen. Anders als im Nahrungsmittelbereich besteht im Energiebereich eine grosse Offenheit für neue Technologien und Innovation. Nicht nur in Bezug auf die Energieproduktion, sondern auch auf den Energieverbrauch. 65 Prozent wollen den Energie-Selbstversorgungsgrad durch Innovationen im Bereich des Energieverbrauchs steigern. Nur für 43 Prozent ist dagegen Verzicht und Energiesparen eine Option. Geht es um die Steigerung des Selbstversorgungsgrads in den kommenden zehn Jahren, werden neue Atomkraftwerke nur von einer Minderheit (28 %) in Betracht gezogen. Faktoren, die für diesen tiefen Wert eine Rolle spielen können, sind die lange Projektierungszeit neuer AKW ebenso wie die

Tatsache, dass der Brennstoff (angereichertes Uran) aus dem aussereuropäischen Raum importiert werden muss.

#### Präferierte Methoden zur Steigerung des Energie-Selbstversorgungsgrads (Abb. 44)

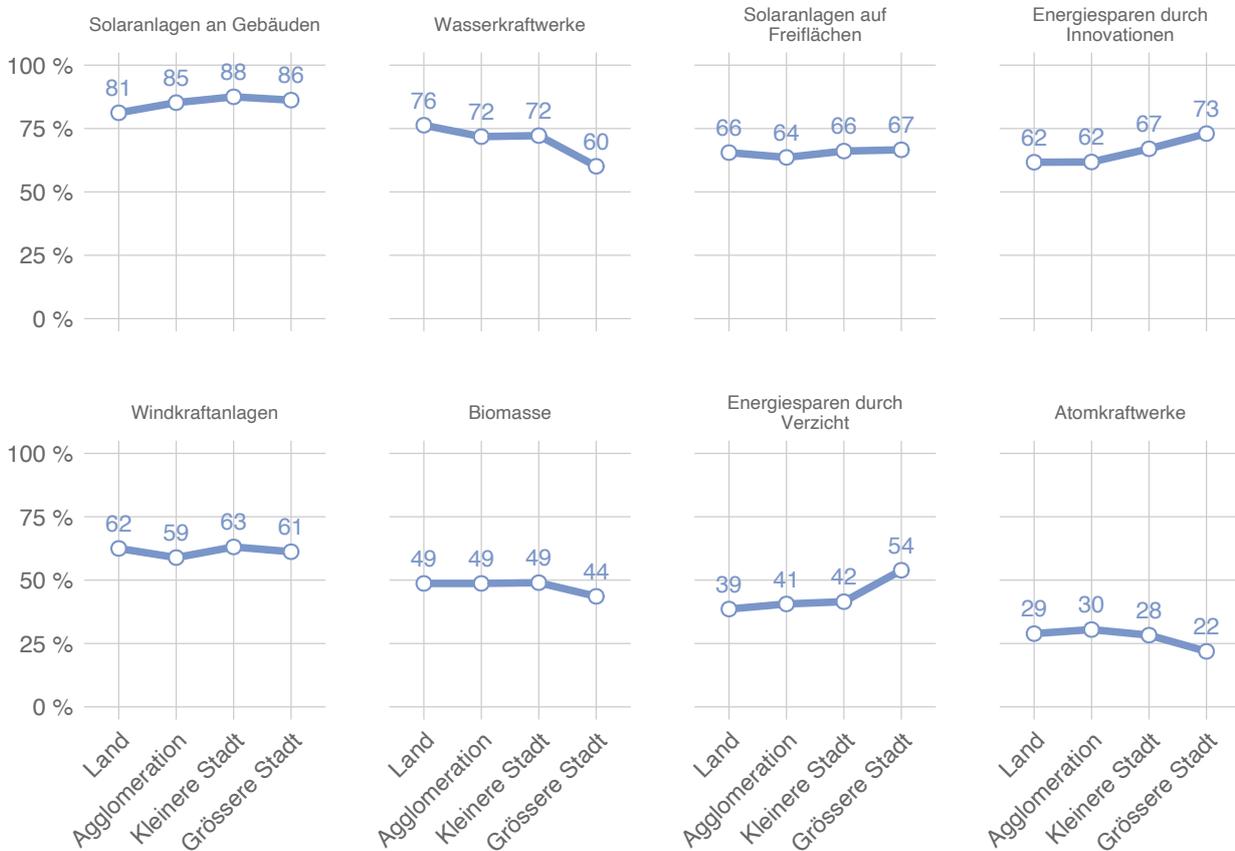
«Was soll hauptsächlich dazu beitragen, den Energie-Selbstversorgungsgrad der Schweiz in den kommenden zehn Jahren zu erhöhen? (Mehrere Antworten möglich)?»



Im Grundsatz sind sich Stadt und Land einig, wie der Energie-Selbstversorgungsgrad gesteigert werden kann. Dennoch werden unterschiedliche Akzente gesetzt. Wasserkraft ist insbesondere im ländlichen Raum sehr populär. Die Skepsis gegenüber der Energiegewinnung mit Biomasse sowie gegenüber Atomkraftwerken ist in den grossen Städten besonders verbreitet. Dafür wird dort vermehrt eine Steigerung des Selbstversorgungsgrads durch Energiesparen angestrebt. Auffällig ausgeglichen ist die Einstellung zwischen Stadt und Land zu Solaranlagen auf Freiflächen sowie Windkraft-Anlagen.

### Präferierte Methoden zur Steigerung des Energie-Selbstversorgungsgrads – nach Raumtyp (Abb. 45)

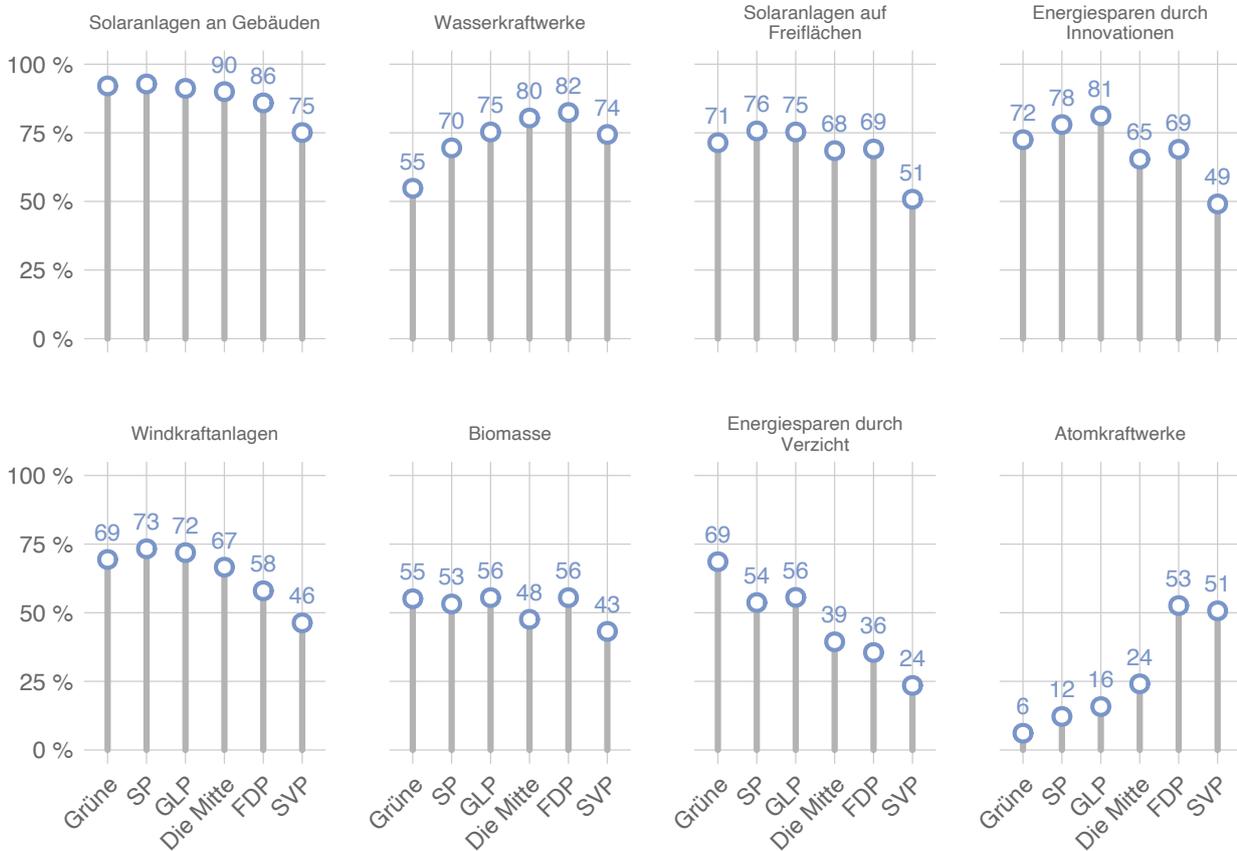
«Was soll hauptsächlich dazu beitragen, den Energie-Selbstversorgungsgrad der Schweiz in den kommenden zehn Jahren zu erhöhen? (Mehrere Antworten möglich)»



Parteilpolitisch sind die Einstellungsunterschiede stärker ausgeprägt. Auffällig ist, dass die Basis der SVP bei vielen Ansätzen zur Steigerung des Energie-Selbstversorgungsgrads im Vergleich zu den anderen Anhängerschaften eher skeptisch ist. Einzige Ausnahme ist die Atomkraft. Hier sehen eine knappe Mehrheit von SVP und FDP eine Chance zur Steigerung des Selbstversorgungsgrads in den kommenden zehn Jahren. Sehr stark von der politischen Orientierung hängt die Haltung zum Energiesparen durch Verzicht ab. 69 Prozent der Grünen-Basis halten dies für einen wichtigen Beitrag zur Steigerung der Energieselbstversorgung, jedoch nur 24 Prozent der Basis der SVP.

**Präferierte Methoden zur Steigerung des Energie-Selbstversorgungsgrads – nach Parteipräferenz (Abb. 46)**

«Was soll hauptsächlich dazu beitragen, den Energie-Selbstversorgungsgrad der Schweiz in den kommenden zehn Jahren zu erhöhen? (Mehrere Antworten möglich)»



**5.2. HOHE AKZEPTANZ FÜR LOKALEN ENERGIEHANDEL**

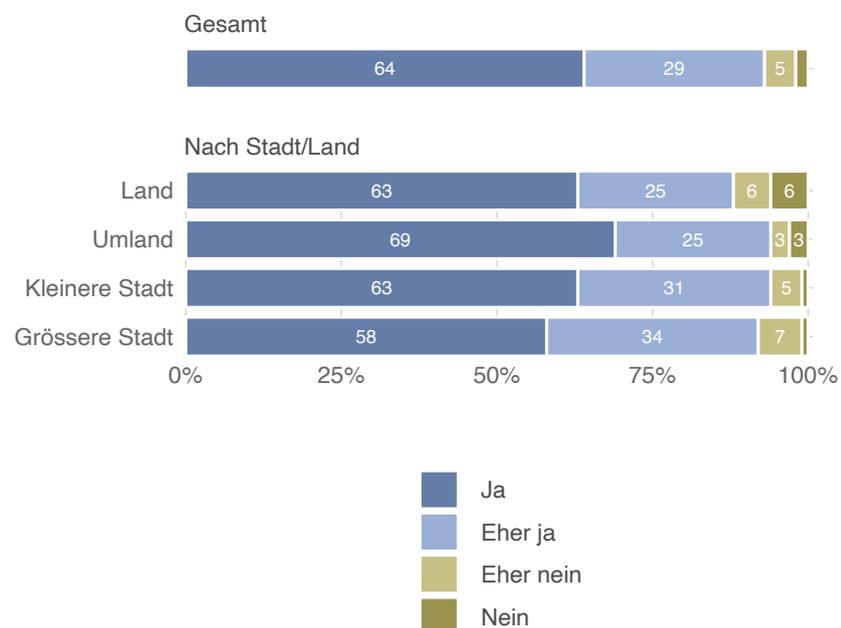
Dächer von Gewerbebauten und Bauernhäusern eignen sich besonders gut zur Installation grossflächiger Solaranlagen, die mehr als den Eigenbedarf abdecken. Personen und Firmen mit grossen Solaranlagen betreiben damit gewissermassen Kleinstkraftwerke. Die Möglichkeiten der Betreiber, als eigenständige Akteure im Strommarkt aufzutreten und Strom in der Region zu verkaufen, sind zurzeit allerdings stark beschränkt – anscheinend entgegen dem Wunsch der Schweizer Bevölkerung. Denn eine deutliche Mehrheit der Befragten spricht sich für eine Lockerung dieser Regelungen aus. 64 Prozent sagen klar

«Ja» dazu, weitere 29 Prozent «Eher ja». Nur gerade 7 Prozent lehnen diese Möglichkeit ab. Die wenigen Skeptischen finden sich auffällig oft im ländlichen Raum.

## Landwirte und Gewerbetreibende sollen das Recht erhalten, Strom in der Region eigenständig zu verkaufen.

### Akzeptanz von privatem Handel mit Solarenergie – nach Raumtyp (Abb. 47)

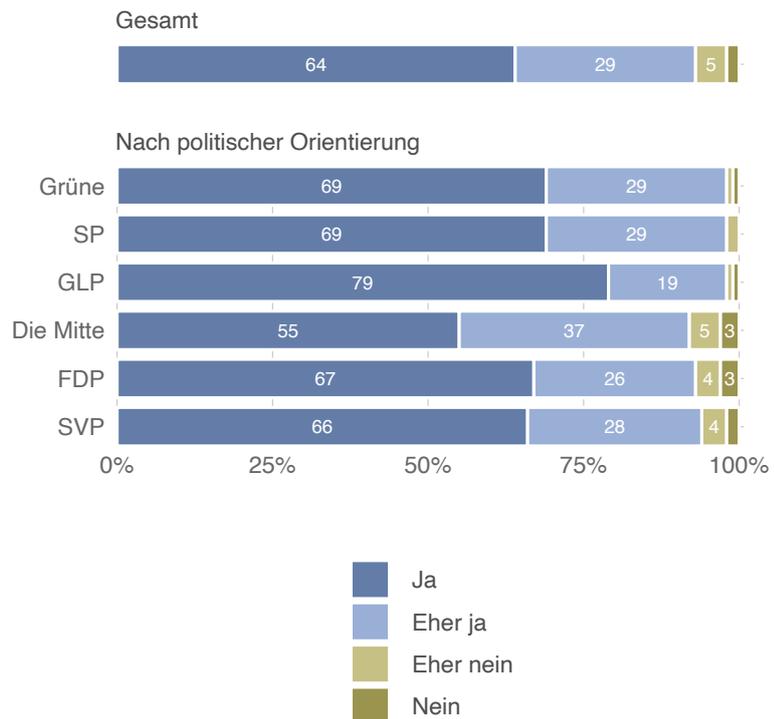
«Auf Gewerbebauten und Bauernhäusern werden heute grosse Solaranlagen installiert, die zur Stromproduktion beitragen. Sollen deren Eigentümer die Möglichkeit haben, diesen Strom in der Region zu verkaufen?»



Geht es um die Möglichkeit, Strom aus grösseren Solaranlagen auf Bauernhöfen oder Gewerbebauten lokal zu vermarkten, gibt es kaum politische Differenzen. Quer durch das politische Spektrum wollen die allermeisten Befragten den Landwirtinnen und Landwirten oder auch anderen Gewerbetreibenden dieses Recht zugestehen.

**Akzeptanz von privatem Handel mit Solarenergie – nach Parteipräferenz (Abb. 48)**

«Auf Gewerbebauten und Bauernhäusern werden heute grosse Solaranlagen installiert, die zur Stromproduktion beitragen. Sollen deren Eigentümer die Möglichkeit haben, diesen Strom in der Region zu verkaufen?»



### 5.3. FOLGEN DES KLIMAWANDELS AM EIGENEN WOHNORT

Da die Schweiz nur über wenig Bodenschätze verfügt und damit kaum über eigene fossile Brennstoffe, bedeutet die Erhöhung des Energie-Selbstversorgungsgrads zugleich einen Beitrag zur Dekarbonisierung und zur Bekämpfung des Klimawandels. Die Verzahnung von Selbstversorgung und Klimaschutz ist deshalb im Energiebereich viel enger als bei der Nahrungsmittelproduk-

tion. Der Klimawandel ist für die meisten Schweizerinnen und Schweizer eine akzeptierte Realität. Nur rund 5 Prozent der Befragten erwarten keine bedeutsamen negativen oder positiven Folgen des Klimawandels an ihrem Wohnort. Es sind vor allen vier Bereiche, die je von rund der Hälfte der Befragten genannt werden: 54 Prozent schätzen Trockenheit/Dürre als besonders relevant für ihren Wohnort ein. An zweiter Stelle folgt die Abnahme des Schnees (52 %), 51 Prozent fürchten sich besonders vor (unangenehmer) Hitze und 49 Prozent vor stärkeren Unwettern. Mögliche positive Folgen des Klimawandels spielen nur für eine Minderheit eine bedeutsame Rolle. 17 Prozent hoffen auf mehr Sonnenschein und 14 Prozent auf (angenehme) Wärme. Geht es um Extremereignisse, zeigt sich eine klare Teilung zwischen Unwetter/Dürre, die von vielen, und Hochwasser/Erdrutschen, die eher selten genannt werden, wenn es um die Betroffenheit am eigenen Wohnort geht. Letztere sind im Normalfall räumlich auf ausgewiesene Gefahrenzonen begrenzt, entsprechend auch die tiefe erwartete Betroffenheit.

#### Bedeutsame Folgen des Klimawandels am eigenen Wohnort (Abb. 49)

«Welche möglichen Folgen des Klimawandels an Ihrem Wohnort sind für Sie besonders von Bedeutung?»

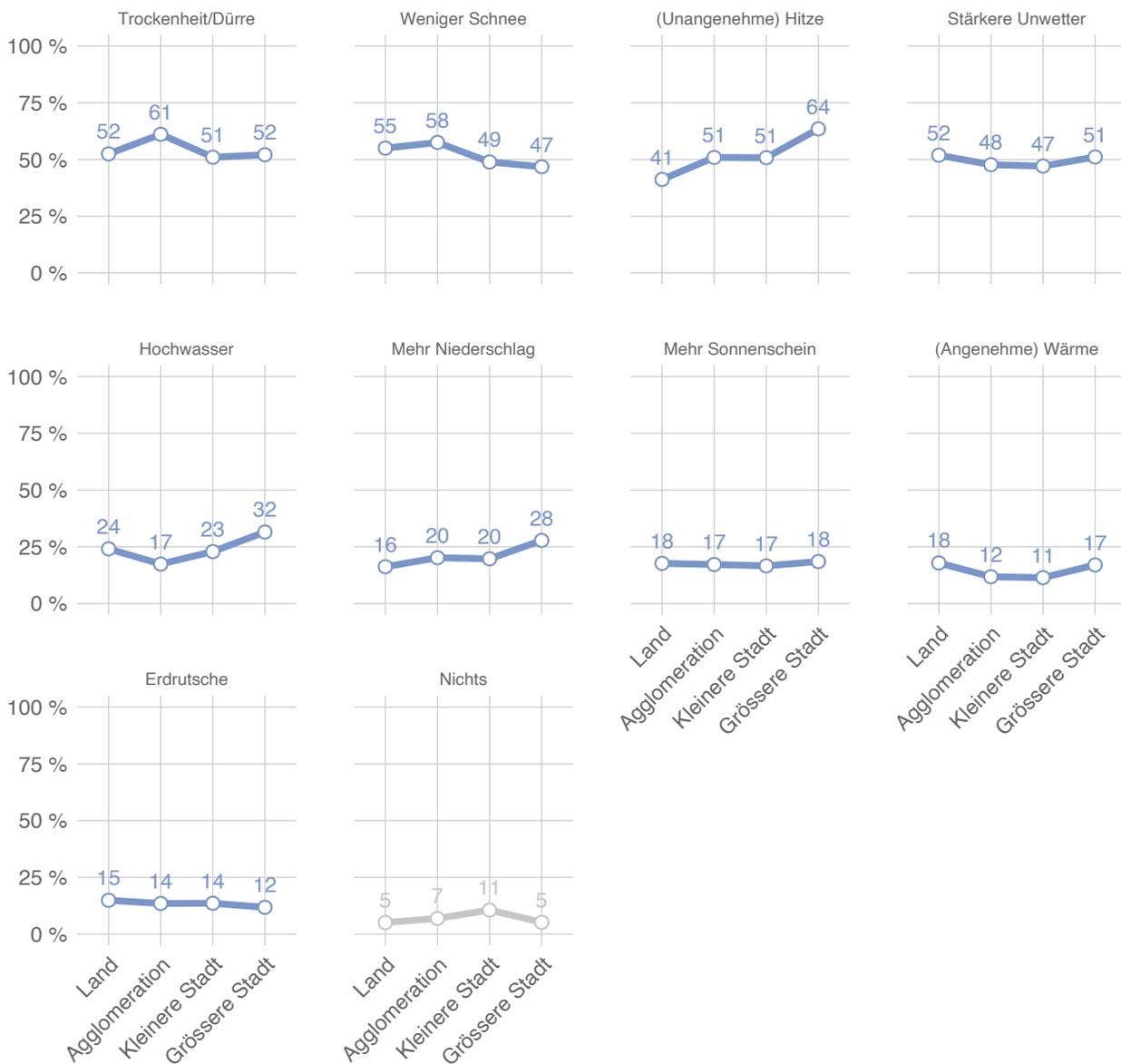


Der grösste Unterschied zwischen Stadt und Land besteht bei der Einschätzung der zunehmenden Hitze als Folge des Klimawandels. 64 Prozent der Befragten aus grösseren Städten halten unangenehme Hitze für eine bedeutsame Folge des Klimawandels an ihrem Wohnort. Unter den Befragten aus dem ländlichen Raum sind es nur 41 Prozent. Diese Differenz erstaunt nicht, schliesslich gibt es schon heute das Phänomen der städtischen Wärmeinseln. Aufgrund von Bodenversiegelung und Bebauungsdichte sind insbesondere in Hochsommernächten die städtischen Temperaturen deutlich höher. Die grössere Betroffenheit der Städterinnen und Städter in diesem Bereich ist naheliegend. Bemerkenswert ist jedoch, dass es im Gegenzug kaum Faktoren gibt, bei denen die Landbewohnerinnen und -bewohner sich stärker betroffen sehen. So zeigen sich zum Beispiel kaum Stadt-Land-Unterschiede in Bezug auf Dürre und Unwetter. Etwas stärker beachtet wird im ländlichen Raum der Verlust von Schnee, schliesslich ist in den grösseren Städten der Schweiz Schnee schon heute kaum mehr präsent. Auch Erdbeben am eigenen Wohnort werden auf dem Land eher befürchtet – hier erstaunt jedoch, dass die Einschätzungsunterschiede nicht grösser sind.

**Am meisten vom  
Klimawandel betroffen  
sehen sich die Befragten aus  
grösseren Städten.**

### Bedeutende Folgen des Klimawandels am eigenen Wohnort – nach Raumtyp (Abb. 50)

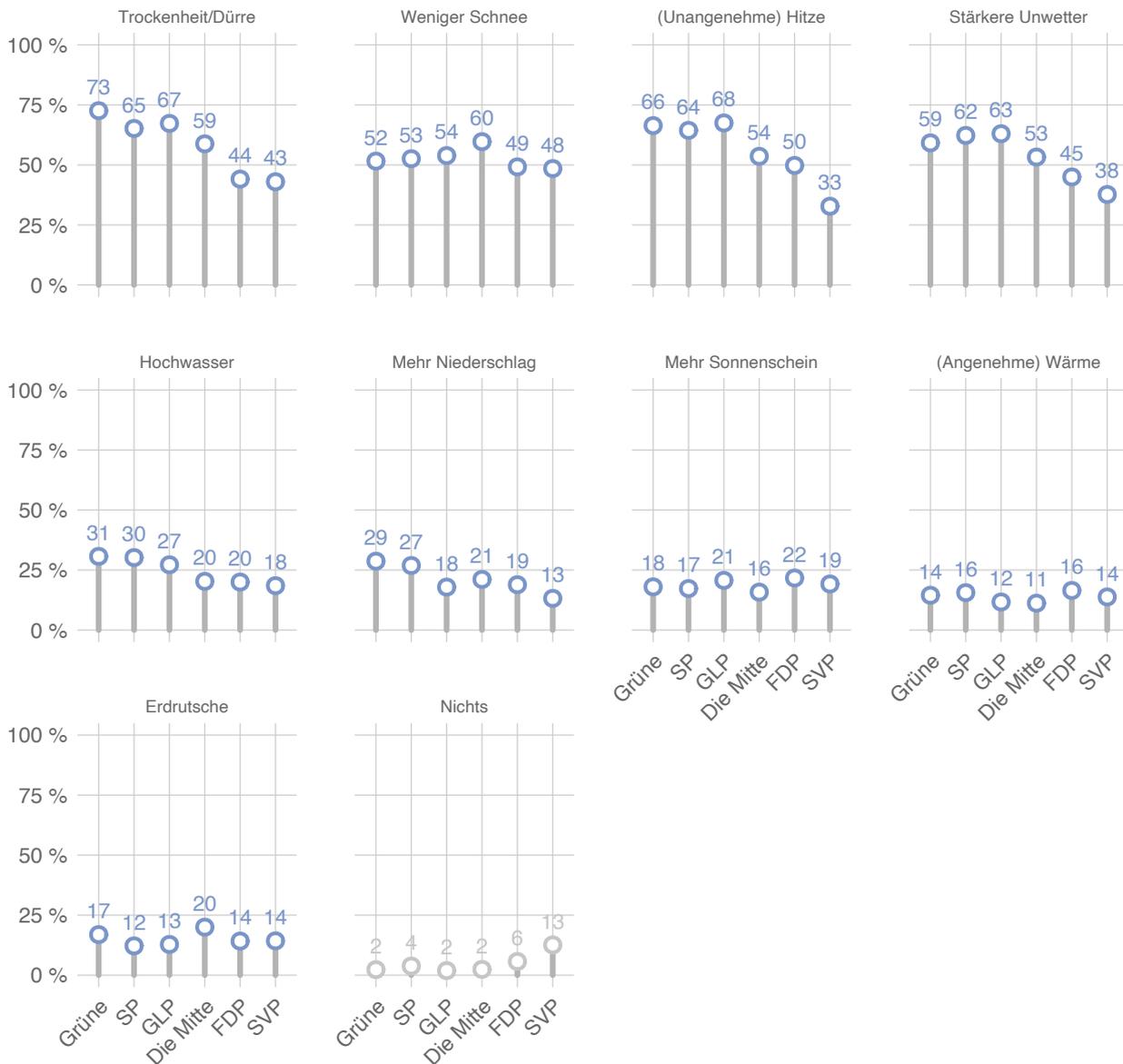
«Welche möglichen Folgen des Klimawandels an Ihrem Wohnort sind für Sie besonders von Bedeutung?»



Dass Städterinnen und Städter ihren Wohnort – nicht nur in Bezug auf Hitze – tendenziell stärker durch den Klimawandel betroffen sehen, ist auch eine indirekte Folge des politischen Stadt-Land-Gegensatzes. In den Städten leben mehr Menschen mit einer linken und/oder grünen Weltanschauung.

**Bedeutsame Folgen des Klimawandels am eigenen Wohnort – nach Parteipräferenz (Abb. 51)**

«Welche möglichen Folgen des Klimawandels an Ihrem Wohnort sind für Sie besonders von Bedeutung?»

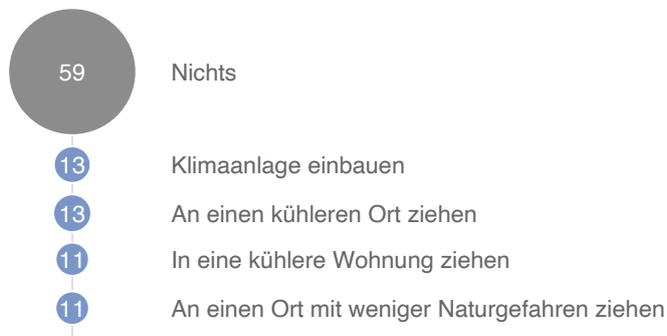


Wie Abbildung 51 zeigt, sehen sich diese an ihrem Wohnort deutlich stärker vom Klimawandel betroffen als Personen, die der FDP oder der SVP nahestehen. Einen markanten Links-rechts-Gegensatz gibt es in Bezug auf Hitze/Trockenheit, Hochwasser und Unwetter. Ausser bei der Hitze gibt es wenig objektive Gründe für diese Unterschiede. Dies zeigt, dass die Wahrnehmung der Klimafolgen stark von den eigenen Werten abhängt.

Auch wenn heute der Klimawandel im gesamten politischen Spektrum als Realität angesehen wird, die Einschätzung des Ausmasses der Folgen ist politisch gefärbt.

#### Erwogene Veränderung der eigenen Wohnsituation aufgrund des Klimawandels (Abb. 52)

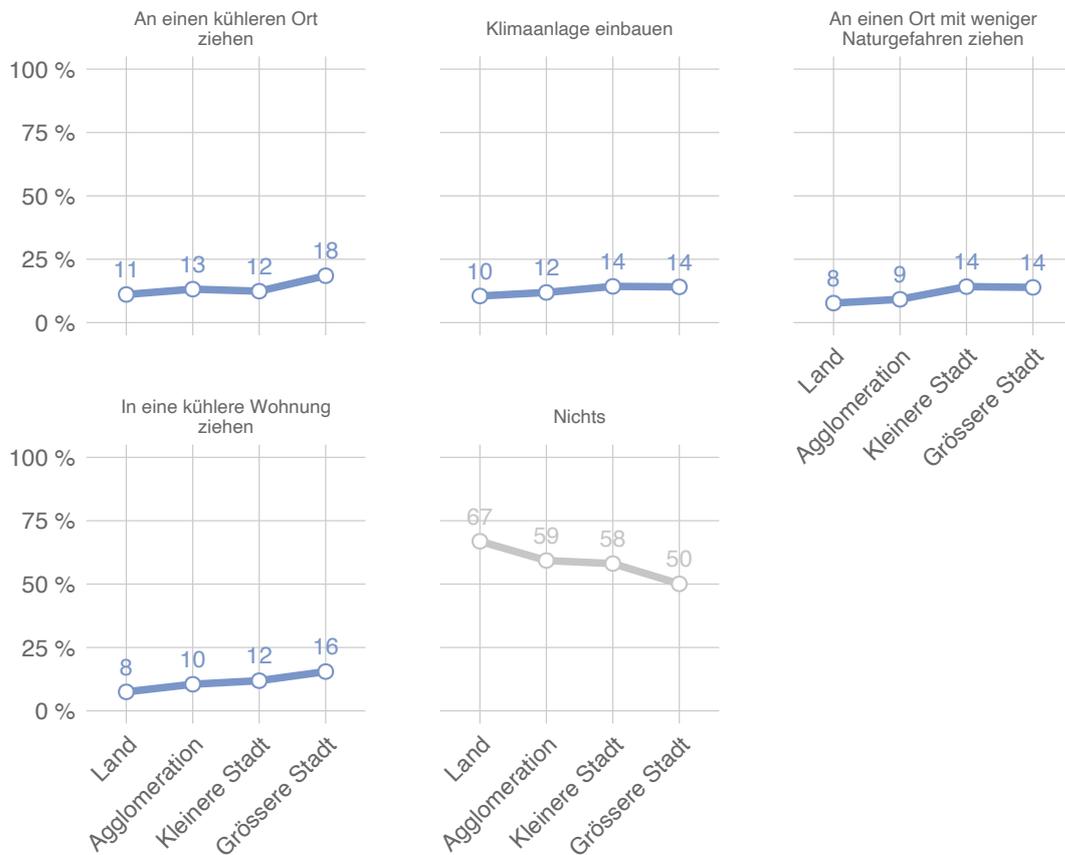
«Was ziehen Sie persönlich in Betracht, wenn sich die Folgen des Klimawandels in der Schweiz verstärken?»



Die erwartete Betroffenheit durch den Klimawandel bleibt nicht ohne Konsequenzen. Mehr als 40 Prozent der Befragten ziehen es zumindest in Betracht, aufgrund der erwarteten Folgen etwas an ihrer Wohnsituation zu verändern. 13 Prozent erwägen, an einen kühleren Ort zu ziehen, ebenso viele den Einbau einer Klimaanlage. Je 11 Prozent denken daran, in eine kühlere Wohnung zu ziehen bzw. an einen Ort mit weniger Naturgefahren.

Erwogene Veränderung der eigenen Wohnsituation aufgrund des Klimawandels – nach Raumtyp (Abb. 53)

«Was ziehen Sie persönlich in Betracht, wenn sich die Folgen des Klimawandels in der Schweiz verstärken?»



Fast jede fünfte Person (18 %), die in einer grösseren Stadt lebt, erwägt, aufgrund des Klimawandels an einen kühleren Ort zu ziehen. Erwägen bedeutet zwar noch lange nicht umsetzen, dennoch ist die Entwicklung des Stadtklimas und der städtischen Wärmeinseln ein Thema von zentraler Bedeutung für die künftige Attraktivität grösserer Städte auch in der Schweiz. Hitze-Stadtflucht kann zu einem wichtigen Treiber der Siedlungsentwicklung werden. Ein Treiber, der dem Ziel der Verdichtung entgegenwirken und die Zersiedlung weiter vorantreiben würde. Während jede zweite Person, die in einer grossen Stadt lebt, aufgrund des Klimawandels Veränderungen an der eigenen Wohnsituation in Betracht zieht, tut dies auf dem Land nur jede Dritte. Dies bestätigt, dass der Klimawandel

im städtischen Umfeld auch in Bezug auf das eigene Zuhause als gravierender wahrgenommen wird als im ländlichen.

## 5.4. LÄNDLICHER KLIMAWANDEL IM FOKUS

Wie im vorangegangenen Abschnitt 5.3 gezeigt wurde, fürchten insbesondere Städterinnen und Städter die Folgen des Klimawandels an ihrem Wohnort. Anders sieht die Einschätzung aus, wenn allgemein gefragt wird, wo die Menschen in der Schweiz besonders negativ vom Klimawandel betroffen sein werden. Klar am häufigsten wird das Land genannt. 63 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass hier die Auswirkungen für die Menschen am gravierendsten sind. Nur 50 Prozent sehen eine besondere Betroffenheit bei der grossstädtischen Bevölkerung. Kaum im Fokus stehen die kleineren Städte sowie die Agglomeration, die als Zwischenräume auch weniger starke Images haben.

### Erwartete Betroffenheit von Stadt und Land vom Klimawandel<sup>2</sup> (Abb. 54)

«Wo werden die Menschen in der Schweiz aus Ihrer Sicht besonders negativ vom Klimawandel betroffen sein?»



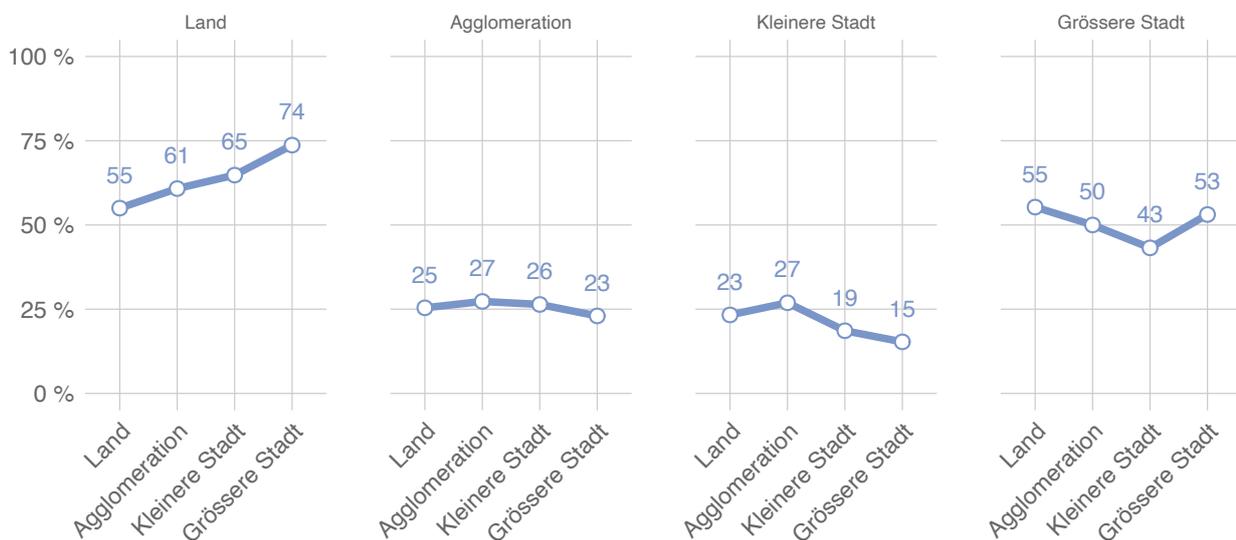
Wer allgemein an Klimawandel denkt, hat offenbar in erster Linie den ländlichen Klimawandel im Kopf: Ausgetrocknete

<sup>2</sup>Die Auswertung in Abb. 54 bezieht sich aufgrund eines Fehlers bei der französischen Fragebogenversion nur auf die Deutschschweiz.

Felder, von Hagel zerstörte Ernten, Murgänge, grüne Skihänge und schwindende Gletscher. Konkret vor den Folgen des Klimawandels am eigenen Wohnort fürchten sich Städterinnen und Städter jedoch eher als Menschen vom Land. Der ländliche Klimawandel schafft zwar starke Bilder. Doch auch im ländlichen Raum ist nur eine Minderheit im Agrarsektor tätig, Gletscher sind kaum ein wirtschaftlicher Faktor und die meisten leben auch hier nicht in Naturgefahrenzonen. Die städtischen Wärmeinseln dagegen betreffen alle, die in einer grösseren Stadt leben.

### Erwartete Betroffenheit von Stadt und Land vom Klimawandel – nach Raumtyp<sup>3</sup> (Abb. 55)

«Wo werden die Menschen in der Schweiz aus Ihrer Sicht besonders negativ vom Klimawandel betroffen sein?»



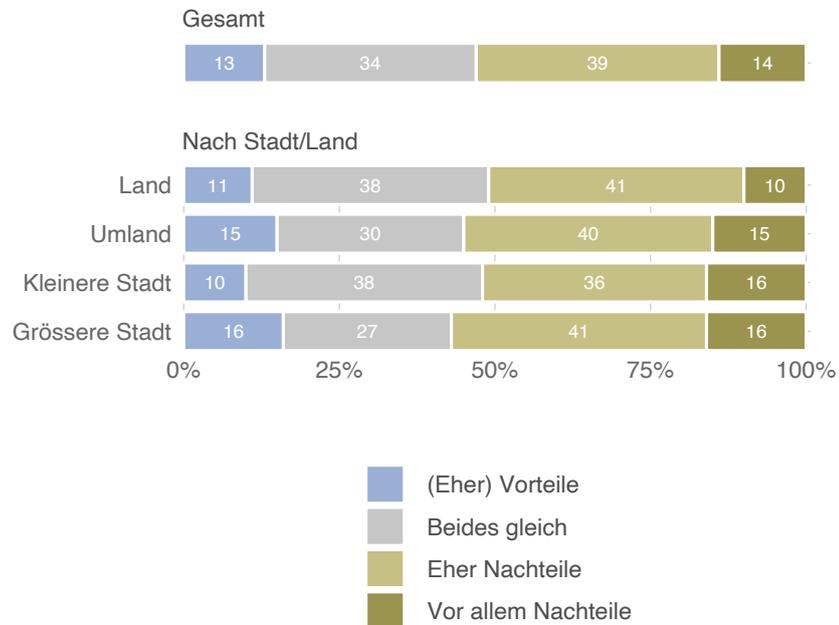
Die Bilder des ländlichen Klimawandels wirken in urbaneren Räumen sogar stärker als auf dem Land selbst. Abbildung 55 zeigt, dass die Bevölkerung der Grossstädte die Auswirkungen auf dem Land nicht nur deutlich stärker einschätzt als in der Stadt, sondern auch deutlich stärker als die Landbevölkerung selbst. Diese sehen ihren eigenen Lebensraum nicht stärker betroffen als jenen der Städterinnen und Städter. Hier wurzelt wohl auch das Unverständnis der Stadtbevölkerung, welche sich

<sup>3</sup>Die Auswertung in Abb. 55 bezieht sich aufgrund eines Fehlers bei der französischen Fragebogenversion nur auf die Deutschschweiz.

## über das mangelnde Klimabewusstsein der Landbevölkerung wundert.

### Folgen des Klimawandels für die Schweizer Landwirtschaft – nach Raumtyp (Abb. 56)

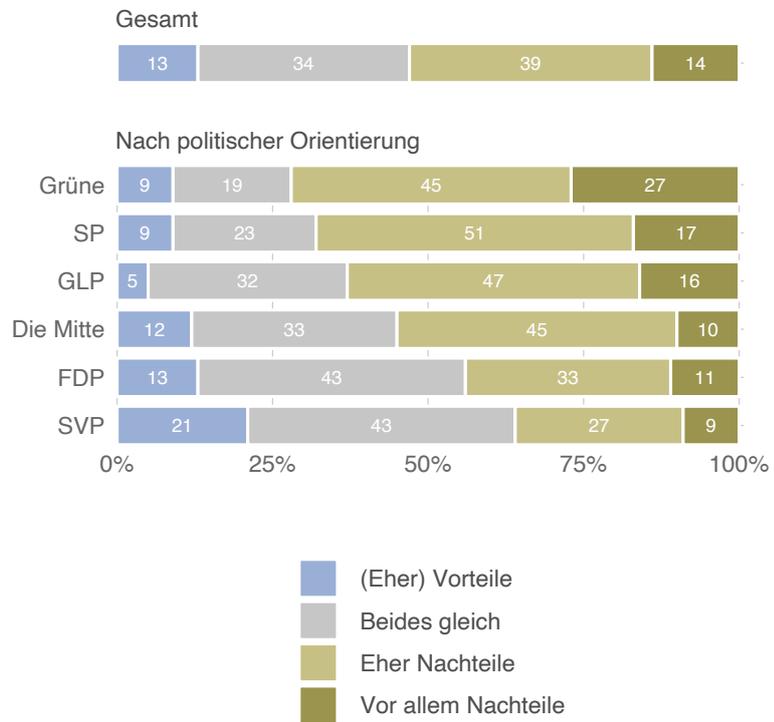
«Der Klimawandel wird sich auch auf die Schweizer Landwirtschaft auswirken. Sehen Sie darin mehr Vorteile (Sonne, Wärme) oder mehr Nachteile (Trockenheit, Unwetter)?»



Die städtischen Wärmeinseln werden voraussichtlich nicht nur die Zersiedlung antreiben, sondern auch touristisches Potenzial im ländlich-alpinen Raum schaffen. Das alte Konzept der «Sommerfrische» wird neue Bedeutung erhalten. Herausgefordert ist im ländlichen Raum, neben den Wintersportorten, insbesondere die Landwirtschaft. 53 Prozent der Befragten gehen davon aus, dass sich der Klimawandel aufgrund von Trockenheit und Unwettern überwiegend nachteilig auf die Landwirtschaft auswirken wird. Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass fast die Hälfte (47 %) dieser Einschätzung widerspricht. 34 Prozent sehen gleichermassen Vor- und Nachteile für die Schweizer Landwirtschaft. Weitere 13 Prozent gehen sogar davon aus, dass sich der Klimawandel aufgrund zunehmender Sonne und Wärme in der Bilanz positiv auswirkt. Diese Einschätzungen unterscheiden sich nicht grundsätzlich zwischen Stadt und Land.

Folgen des Klimawandels für die Schweizer Landwirtschaft – nach Parteipräferenz (Abb. 57)

«Der Klimawandel wird sich auch auf die Schweizer Landwirtschaft auswirken. Sehen Sie darin mehr Vorteile (Sonne, Wärme) oder mehr Nachteile (Trockenheit, Unwetter)?»



# Fast die Hälfte sieht nicht nur Nachteile für die Landwirtschaft durch den Klimawandel.

Die Folgen des Klimawandels für die Schweizer Landwirtschaft werden jedoch sehr unterschiedlich eingeschätzt, wenn die politische Orientierung der Befragten berücksichtigt wird. Je linker und grüner die Position der Befragten, desto negativer ist die Einschätzung der Folgen. So gehen 72 Prozent der Wählenden der Grünen davon aus, dass sich der Klimawandel negativ auf die Schweizer Landwirtschaft auswirken wird. Bei der Basis der SVP teilen nur 36 Prozent diese Ansicht. Zwar sind es

auch bei der SVP nur 21 Prozent, die mehrheitlich positive Auswirkungen erwarten. Die Wahrnehmungsunterschiede sind dennoch von Bedeutung. Oft wird die Skepsis gegen griffigere Klimamassnahmen bei der SVP als widersprüchlich eingeschätzt. Schliesslich sei die SVP im Bauernstand verankert und dieser sei als Wirtschaftszweig besonders unmittelbar vom Klimawandel betroffen. Die Ergebnisse dieser Umfrage bieten eine Erklärung: Auch die Basis der SVP geht davon, dass die Landwirtschaft betroffen ist. Fast zwei Drittel sehen jedoch mindestens ebenso viele Vorteile aufgrund von Wärme und Sonne wie Nachteile aufgrund von Trockenheit und Unwettern.

# Datenerhebung und Methode

## DEFINITION DER RAUMTYPEN

Die vier in dieser Studie verwendeten Raumtypen orientieren sich an der BFS-Typologie «Raum mit städtischem Charakter, 2012»<sup>4</sup>. Der Raumtyp «Grosse Stadt» entspricht den Gemeinden des BFS-Typs «Agglomeration Hauptkern» mit mindestens 50 000 Einwohnern. Zum Raumtyp «Kleine Stadt» zählen die «Agglomeration Hauptkern»-Gemeinden mit weniger als 50 000 Einwohnern. Die anderen Agglomerationsgemeinden sowie die isolierten Kerngemeinden zählten zum Typ «Umland / Agglomeration». Der Typ «Land» umfasst die restlichen Gemeinden.

## DATENERHEBUNG UND STICHPROBE

Die Daten des Stadt-Land-Monitors wurden zwischen dem 18. und dem 25. Januar 2023 erhoben. Die Grundgesamtheit der Befragung bilden die Stimmberechtigten der deutsch- und französischsprachigen Schweiz ab. Die Teilnehmenden wurden über die Online-Panels von Sotomo und Bilendi per Einladung rekrutiert. In die Auswertung sind die Antworten von 3105 Personen eingeflossen.

---

<sup>4</sup> vgl. Raum mit städtischem Charakter 2012, BFS 2014

## REPRÄSENTATIVE GEWICHTUNG

Um repräsentative Ergebnisse zu erhalten, wurde die kombinierte Stichprobe mittels IPF-Verfahren («Iterative Proportional Fitting», auch «Raking» oder «Raking Ratio» genannt) statistisch gewichtet. Zu den Gewichtungskriterien gehören Geschlecht, Alter, Ausbildungsstand, Raumtypus und politische Positionierung (Parteinähe). Die Randverteilungen der Merkmale Geschlecht, Alter, Ausbildungsstand und politische Positionierung wurden für die deutschsprachige und französischsprachige Schweiz jeweils separat berücksichtigt. Dieses Vorgehen gewährleistet eine hohe soziodemografische Repräsentativität der Stichprobe. Für die vorliegende Gesamtstichprobe beträgt das 95-Prozent-Konfidenzintervall (für 50 Prozent Anteil) +/-1.76 Prozentpunkte.

**SOTCMO**